

Die USA: Ein Imperium?

Hans-Jürgen Schröder

1 Zur Empire-Diskussion in den USA

Die Frage, ob die USA als Imperium charakterisiert werden können, beantworten die meisten Amerikaner mit nein. Der Begriff Empire impliziert nicht zuletzt mit Blick auf die Vergangenheit Herrschaft über andere Völker oder Territorien, und eine solche Herrschaft über Andere ist im amerikanischen Selbstverständnis entweder nicht vorgesehen oder wird geleugnet. Diese Haltung speist sich unter anderem aus dem Gründungsmythos der Vereinigten Staaten. Die USA, aus dem Unabhängigkeitskampf gegen ein Imperium als demokratisch verfasster Staat hervorgegangen, hätten seit ihrer Gründung eine demokratische, auch im internationalen System auf demokratische Gleichberechtigung zielende Politik verfolgt. Mit Hinweis auf die antikoloniale Tradition der USA konnte die Legende entstehen und gepflegt werden, die USA seien keine imperialistische Macht, es gebe kein amerikanisches Imperium.

Allerdings ist diese Leugnung des Imperiums von der kritischen Wissenschaft und Publizistik wiederholt herausgefordert worden. Auf zwei Debatten soll hingewiesen werden. In den 1960er Jahren hat sich innerhalb der amerikanischen Geschichtswissenschaft eine Gruppe kritischer Historiker zu Wort gemeldet, die den imperialen Charakter der amerikanischen Außenpolitik belegt. Die von dem damals in Wisconsin lehrenden Historiker William Appleman Williams angeregten Untersuchungen betonten vor allem die ökonomischen Antriebskräfte der amerikanischen Außenpolitik und die sich daraus für die aus der Perspektive der Führungseliten von Wirtschaft und Politik ergebenden Notwendigkeiten einer imperialen Expansion über die Grenzen hinaus.¹ Bezeichnenderweise werden die aus dem wissenschaftlichen Umfeld von Williams hervorgegangenen Forschungen als ‚revisionistisch‘ klassifiziert und deren Autoren – die wichtigsten sind in dem Textbuch „From Colony to Empire“ vertreten² – als ‚New Left‘ charakterisiert und damit auch marginalisiert. Die Wirkungen dieser Forschungen auf die amerikanische Öffentlichkeit blieben trotz der in den 1960er Jahren durch den Vietnam-Krieg ausgelösten Debatten über Ziele und Methoden der Washingtoner Außenpolitik allerdings gering.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erhielt die Frage, ob die USA als Empire zu bezeichnen seien, auch für eine breitere Öffentlichkeit Aktualität. Diese ergab sich aus den Reaktionen der Regierung Georg W. Bush auf die Terroranschläge vom 11. September 2001. Mit dem

1 Williams 1962.

2 Williams 1972.

aggressiv militärischen Vorgehen der Regierung Bush und namentlich mit dem Angriffskrieg gegen den Irak entstand für viele Zeitgenossen der Eindruck, Amerika stehe in der Kontinuität „traditioneller“, sich auf militärische Gewalt stützende Imperien. Allerdings dominiert in den USA weiterhin die Tradition der Leugnung eines amerikanischen Imperiums. „We don't seek an empire“, erklärte Präsident George W. Bush im November 2002.³ Für diese Haltung ist es symptomatisch, dass auch wissenschaftliche Analysen häufig einem klaren Urteil ausweichen. Das gilt etwa für den Historiker Charles Maier. Er wählte für sein Buch zur Empire-Diskussion den nebulösen Titel „Among Empires“.⁴ Allerdings hat Maier zu Recht konstatiert, dass die Charakterisierung der USA als Imperium von der Definition des Empire-Begriffs abhängt.⁵

Im Folgenden werden Imperialismus und Empire in Anlehnung an Hans-Ulrich Wehler und das Oxford English Dictionary definiert als direkt-formelle oder indirekt-informelle Dominanz eines Staates über andere Staaten oder Territorien.⁶ Im Gegensatz zu Michael Hardt und Antonio Negri geht diese Definition davon aus, dass staatliches Handeln bisher noch nicht vom globalen Kapitalismus ohne imperiales Zentrum abgelöst wurde.⁷ Anhand dieser Arbeitshypothese soll an einigen Beispielen aus der Geschichte der USA gezeigt werden, dass die USA seit dem 19. Jahrhundert eine imperialistische Politik verfolgt haben und angesichts der Ergebnisse dieser Politik die USA als Imperium zu bezeichnen sind.

Der Begriff ‚Empire‘ begleitete die USA seit der Gründungsphase der Republik, allerdings zunächst ohne einen dezidiert außenpolitischen Bezug. Vielmehr ging es im Prozess der Loslösung vom ‚British Empire‘ um die Beschreibung des zu gründenden neuen Gemeinwesens. Die Charakterisierung dieses ‚New Empire‘ bezog sich zunächst auf die territoriale Ausbreitung in Nordamerika sowie die innere Struktur des neuen Staates:

“After Independence the term began to appear with a wide range of meanings. These encompassed territorial expansion, republican ideals, the idea of God's chosen people, progress in the arts and sciences, and an equal rank of the United States in the international community of nations.”⁸

Thomas Jefferson hat diese unterschiedlichen Elemente prägnant gebündelt. Er sprach wiederholt von einem „Empire of Liberty“.⁹

3 George W. Bush, Remarks at a White House Reception for Veterans, 11. 11. 2002, in: The American Presidency Project, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=64625&st=&st1=#axzz1QNt6-dX79> (abgerufen 15. 12. 2010).

4 Maier 2006.

5 Maier 2007, 21, 29.

6 Vgl. Wehler 1971, 172.

7 Hardt/Negri 2002.

8 Kilian 1976, 147–148.

9 Tucker/Hendrickson 1990.

2 US-amerikanischer Imperialismus im 19. Jahrhundert

Bereits während der kontinentalen Ausdehnung nach Westen wurden von den amerikanischen Führungseliten Expansionskonzepte vorbereitet, die über Nordamerika weit hinausgriffen. Als Beispiel sei hier zunächst die Jahresbotschaft des amerikanischen Präsidenten James Monroe vom Dezember 1823 erwähnt. In dieser Monroe-Doktrin hatte Washington den Führungsanspruch auch für Lateinamerika unmissverständlich angemeldet. In zahlreichen Zusätzen wurde dieser Führungsanspruch in den folgenden Jahrzehnten präzisiert und seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gegenüber den europäischen Großmächten auch durchgesetzt.

Ein weiteres Beispiel früher überseeischer Expansionskonzepte ist die von Außenminister William H. Seward in den 1860er Jahren formulierte Vision eines amerikanischen Handelsimperiums. Der Erwerb Alaskas im Jahre 1867 ist im Kontext dieser langfristigen Strategie zu sehen. Seward hielt sich für das „Exekutivorgan einer göttlichen Vorsehung, die Amerika den Sitz des neuen Weltreiches zugedacht hatte“.¹⁰ Amerika sei beauftragt, den gesamten Welthandel zu beherrschen, um auf diese Weise langfristig eine dominierende Rolle in der Welt einnehmen zu können, „The commerce of the world [...] is the empire of the world.“¹¹ Unter dem Eindruck der ‚Langen Depression‘ der Jahre 1873–1895/96 hatte sich bei den Führungsschichten von Wirtschaft und Politik die Überzeugung herausgebildet und verfestigt, dass die Erschließung von Auslandsmärkten für das Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft und damit auch für die politische Stabilität der USA unerlässlich sei. In Anlehnung an den britischen Freihandel orientierte sich die amerikanische Handelspolitik am Prinzip der Offenen Tür. Dieser Open Door Policy, die in den Jahren 1899 und 1900 in Bezug auf China besonders prägnant formuliert wurde, lag die Überlegung zugrunde, dass bei formaler Gleichstellung des Handels sich die USA langfristig aufgrund des ökonomischen Potenzials als überlegen erweisen werde.

Am deutlichsten manifestiert sich die imperiale Ausdehnung der USA im 19. Jahrhundert in Lateinamerika. Der Eroberungskrieg gegen Mexiko (1846–1848) stand noch im Kontext der Arrondierung des Territoriums der USA. Nach dem Bürgerkrieg rückte dann in den 1890er Jahren die Expansion in die Karibik in den Mittelpunkt. Das große Interesse der amerikanischen Führungseliten an einer zunächst vor allem ökonomischen Expansion nach Lateinamerika manifestierte sich etwa in der Panamerikanischen Konferenz von 1889. Hier stand nicht der Erwerb von Territorien zur Debatte, sondern die Exportinteressen Washingtons und der Aufbau einer ökonomischen Suprematie: „Handelsimperium statt Kolonialherrschaft“¹². Die argentinische Zeitung *El Nacional* sprach in diesem Zusammenhang von dem „ewigen Anspruch der Vereinigten Staaten, der Monroe-Doktrin eine ökonomische Bedeutung zu geben“ und langfristig „ihrer erstaunlichen Produktionskraft im Gewande einer panamerikanischen Union zur Vorherrschaft zu verhelfen.“¹³

10 Wehler 1974, 16.

11 Zitiert nach Paolino 1973, 28.

12 Wehler 1966.

13 Zitiert bei Wehler 1974, 89.

Ein weiterer Beleg für die angestrebte Dominanz in Lateinamerika ist die Venezuelakrise von 1895/96. Der schwelende Grenzkonflikt zwischen Britisch-Guayana und Venezuela beunruhigte die Regierung in Washington, weil man eine britische Kontrolle über die Orinoko-Mündung und damit eine Blockade der US-amerikanischen Zukunftsperspektiven in Lateinamerika befürchtete. Der Streit zwischen London und Washington eskalierte 1895/96 und brachte die beiden angelsächsischen Mächte an den Rand eines bewaffneten Konfliktes. Großbritannien war schließlich bereit, einzulenken und den Washingtoner Herrschaftsanspruch anzuerkennen. Außenminister Olney hatte diesen Herrschaftsanspruch Washingtons in der ‚Westlichen Hemisphäre‘ unmissverständlich formuliert: „To-day the United States is practically sovereign on this continent, and its fiat is law upon the subjects to which it confines its interposition.“¹⁴ Unter Berufung auf die Monroe-Doktrin hatte Olney ein „diktatorisches Interventionsrecht der Vereinigten Staaten“ postuliert.¹⁵ Die Venezuelakrise war die letzte größere außenpolitische Konfrontation der beiden angelsächsischen Mächte, deren bilaterales Verhältnis sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts zur ‚special relationship‘ entwickelte, in der Großbritannien immer deutlicher in die Rolle des Juniorpartners gedrängt wurde. Die Venezuelakrise hatte auch über das bilaterale Verhältnis hinaus große Bedeutung. Washington hatte der Welt gezeigt, dass die USA beim Aufbau eines ‚Informal Empire‘ in Lateinamerika vor machtpolitischen Konflikten mit den europäischen Großmächten nicht zurückschreckten. Ein eindrucksvoller Beleg für diese Entschlossenheit war der Krieg mit Spanien im Jahre 1898.

Anlass für den Waffengang gegen Spanien war die Situation auf Kuba. Aufstände einer Revolutionsbewegung, die Brutalität der spanischen Unterdrückungsmethoden und schließlich die Unfähigkeit der spanischen Kolonialmacht, U.S.-amerikanische Bürger und deren Eigentum sowie generell die Handels- und Finanzinteressen der USA zu schützen. Für Washington war ein permanenter Unruheherd im geografischen ‚Hinterhof‘ nicht zuletzt auch wegen der wirtschaftlichen Rückwirkungen auf die amerikanische Konjunktur nicht akzeptabel. Diese gesamtwirtschaftlichen Implikationen veranlassten auch die führenden Wirtschaftskreise – ungeachtet ihrer grundsätzlichen Vorbehalte gegen einen Waffengang – ab Anfang 1898 auf eine Entscheidung zu drängen. Die öffentliche Meinung wurde von der Sensationspresse angeheizt. Kristallisationspunkt war die bis heute nicht aufgeklärte Explosion des amerikanischen Kriegsschiffs Maine im Hafen von Havanna im Februar 1898. „Remember the Maine, to Hell with Spain.“¹⁶ wurde zum anti-spanischen Schlachtruf und zum Vorbild vergleichbarer Parolen in späteren Kriegen, um das eigene militärische Vorgehen als Reflex äußerer Bedrohung darstellen zu können. Für die Entscheidungsbildung im Weißen Haus war die öffentliche Meinung allerdings keineswegs entscheidend, wie es die These vom „Unwanted War“ suggeriert.¹⁷

Die öffentliche Erregung hat es der Regierung McKinley fraglos erleichtert, ihren Konfrontationskurs gegenüber Madrid zu intensivieren und ultimativ Forderungen zu stellen, die kurzfristig kaum zu erfüllen waren. Hinzu kam, dass die spanische Regierung zu Kon-

14 Olney an Bayard, 20.7.1895, in: Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1895, 558.

15 Wehler 1974, 171.

16 Edgerton 2005.

17 Offner 1992.

zessionen auch gar nicht bereit war. Sie entschied sich für eine Kriegserklärung an die USA (24. April 1898) und befand sich mithin in der Rolle des Angreifers. Kriegsverlauf und Kriegsergebnisse zeigten dann aber, dass die amerikanischen Ziele über eine Defensivstrategie weit hinausgingen. Die spanische Pazifikflotte wurde vor Manila, die Atlantikflotte vor Santiago de Cuba aufgerieben. Der Friedensvertrag von Paris (10. Dezember 1898) brachte den USA bedeutsame territoriale Zugewinne: Kuba, Puerto Rico, die Philippinen und Guam. Auf den Philippinen haben die USA dann einen mehrjährigen Kolonialkrieg geführt, sich hier der Unterdrückungsmechanismen von Kolonialmächten bedient und sich damit in die Tradition des europäischen Imperialismus gestellt. "We are an empire – a sort of republic at home and a despotism abroad", resümierte der amerikanische Völkerrechtler Frank Parsons.¹⁸

Der spanisch-amerikanische Krieg hat in den USA eine intensive Debatte über Zielsetzungen und Methoden der überseeischen Expansion in Gang gesetzt. Organisatorischer Kristallisationspunkt der Kritiker war die am 15. Juni 1898 in Boston gegründete Anti-Imperialist League. Die Anti-Imperialisten argumentierten, dass koloniale Erwerbungen der USA im Widerspruch stünden zu den republikanischen Errungenschaften und namentlich zum Prinzip der Selbstbestimmung. Die Demokraten formulierten in ihrer Wahlplattform des Jahres 1900 die Befürchtung, dass der Imperialismus letztlich zur Despotie in den USA führen würde, denn "no nation can long endure half republic and half empire".¹⁹

Das bedeutete jedoch keinen Verzicht auf Expansion nach Übersee, sondern primär Kritik an den im Umfeld des spanisch-amerikanischen Krieges hervorgetretenen Methoden der amerikanischen Expansion. Im Kern ging es um die Frage, ob diese Expansion mit der anti-kolonialen Tradition der USA in Einklang stand. Die Anti-Imperialisten verneinten dies. Es handelt sich bei den Anti-Imperialisten mithin um eine anti-koloniale Bewegung und nicht um eine Opposition zur Expansionspolitik der Eliten von Wirtschaft und Politik. So bekannten sich die Demokraten ausdrücklich zu einer Expansion über die Grenzen hinaus, aber nicht durch Gewalt sondern durch die Überzeugungskraft des Modells Amerika:

"We are in favor of extending the Republic's influence among the nations, but we believe that that influence should be extended not by force and violence, but through the persuasive power of a high and honorable example."²⁰

Präsident McKinley und die Republikaner suchten dem Vorwurf eines amerikanischen Kolonialismus mit dem Hinweis zu begegnen, dass die Besitznahme der Gebiete im Pazifik und in der Karibik legitim sei, denn sie geschehe zum Wohle der Menschheit: "The American Flag has not been planted in foreign soil to acquire more territory but for humanity's sake." So lautete die auch auf Wahlplakaten abgedruckte Formel, auf denen die Republikaner ihre Erfolgsbilanz der Jahre 1896–1900 verkündeten und für den außenpolitischen

18 Parsons 1900, 83.

19 Democratic Party Platform, 4. 7. 1900, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=-29587#axzz1MiiwM9xM> (abgerufen 15. 3. 2011).

20 Ebenda.

Bereich mit Stolz herausstrichen, dass die spanische Herrschaft über Kuba durch eine amerikanische Herrschaft ersetzt wurde.²¹

Derartige moralische Rechtfertigungsversuche der Washingtoner Machtpolitik ändern nichts an der Tatsache, dass sich die USA im spanisch-amerikanischen Krieg für jedermann sichtbar als imperialistische Macht offenbarten. Eine apologetische amerikanische Geschichtsschreibung hat wiederholt den Versuch unternommen, diesen sichtbaren Höhepunkt des amerikanischen Imperialismus aus dem Kontext der Kontinuität der amerikanischen Geschichte dadurch herauszulösen, dass die Ereignisse des Jahres 1898 zu einem einmaligen ‚Sündenfall‘, einer einmaligen ‚Abweichung‘ von einer vermeintlich idealistisch motivierten Außenpolitik erklärt wurden. Diese These von der ‚Great Aberration‘²² orientiert sich ganz am sichtbaren diplomatischen Geschehen und ist daher nicht in der Lage, die indirekt-informellen Charakter des amerikanischen Imperialismus zu erfassen oder ist nicht willens, diesen zur Kenntnis zu nehmen. Begriffe wie ‚Unwanted War‘ und ‚Great Aberration‘ sollen das im 19. Jahrhundert langfristig angelegte imperiale Ausgreifen der USA relativieren. Es wird der Eindruck erweckt, der Kriegskurs gegen Spanien sei der Regierung McKinley quasi aufgezwungen, die im Krieg gegen Spanien errungene neue internationale Machtposition im Interesse der gesamten Menschheit den USA übertragen worden. Derartige Rechtfertigungsversuche verkennen im Übrigen, dass die amerikanischen Annexionen über ehemals spanische Besitzungen hinausgingen. Das belegt vor allem die Annexion Hawaiis im Juli 1898, aber auch die Besetzungen der Inseln Wake und Guam im selben Jahr.

Als Bilanz der amerikanischen Expansion im 19. Jahrhundert bleibt festzuhalten: Die USA verfolgten nach dem Bürgerkrieg eine imperialistische Politik. Träger der Expansion waren die Führungseliten von Politik sowie von Industrie und Landwirtschaft. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrisen der Jahre 1873 bis 1895/96 hatte sich ungeachtet von Differenzen über das methodische Vorgehen ein Konsens darüber gebildet, dass das privatwirtschaftliche System nur durch eine nachhaltige Erschließung von Exportmärkten für die landwirtschaftliche und industriellen Überschussprodukte erschlossen würden. Diese primär ökonomischen Antriebskräfte des amerikanischen Imperialismus wurden von vielen Amerikanern als logische Fortsetzung der in den 1890er Jahren weitgehend abgeschlossenen kontinentalen Expansion gesehen. Hinzu kam die auch religiös geleitete Überlegung, dass Amerika eine quasi naturgegebene Führungsrolle zustehe. Zum Ende des Jahrhunderts waren wichtige Etappen des Empire-building realisiert. Dieses Empire hatte zwei Schwerpunkte: Lateinamerika mit der Karibik und dem Panamakanal als „Center of Gravity“²³ und den Pazifik.

21 Wahlplakat mit dem Titel „The Administration's Promises Have Been Kept 1896–1900“, in: Ohio Historical Society, Columbia/OH, Presidential print collection, 1813–1923, Nr. MSS 1315, AL07001, <http://ohsweb.ohiohistory.org/ohiopix/Image.cfm?ID=7264> (abgerufen 15. 3. 2011).

22 Bemis (1959), 275–296.

23 Hannigan 2002, 17; vgl. die Karten „The Americas 1823–1916“ und „The United States in the Pacific 1857–1911“, in: Gilbert 1993, 63–64.

3 Big Stick und Dollar Diplomacy 1900–1912

Der spanisch-amerikanische Krieg hat die Penetration der USA nach Lateinamerika entscheidend beschleunigt. Die USA haben zunächst ein Protektorat über Kuba errichtet und sich dann nach der formellen Unabhängigkeit Kubas ein Interventionsrecht vorbehalten. In diesen Kontext gehört auch die von Washington hinter den Kulissen gesteuerte Revolution in Kolumbien. Sie brachte das gewünschte Ergebnis: Abspaltung Panamas von Kolumbien und die Errichtung eines Protektorats zur strategischen Sicherung für seit Jahrzehnten geplanten und 1914 fertig gestellten isthmischen Kanals. Erst im Jahre 2000 sind die Hoheitsrechte über die Kanalzone auf die Republik Panama übergegangen. Die Washingtoner Hegemonie in der Karibik wurde bis in die 1920er Jahre durch angedrohte und auch praktizierte militärische Interventionen sichergestellt.

Dieser Washingtoner Interventionsanspruch wurde autonom und umfassend definiert. Er bezog sich auch auf die innere Entwicklung der Staaten Mittelamerikas. Das hatte Präsident Theodore Roosevelt in seinen Zusätzen zur Monroe-Doktrin am deutlichsten formuliert. Die USA hätten die Verantwortung, in Mittelamerika für politische Stabilität zu sorgen. Innenpolitische Labilität würde die USA zum Handeln zwingen, nicht zuletzt auch deshalb, um anderen Mächten keinen Vorwand für Interventionen etwa zum Schutz ihrer Kapitalinteressen zu bieten. "Chronic wrongdoing or an impotence which results in a general loosening of the ties of civilized society, may in America, as elsewhere, ultimately require intervention by some civilized nation and in the Western Hemisphere the adherence of the United States to the Monroe Doctrine may force the United States, however reluctantly, in flagrant cases of such wrongdoing or impotence, to the exercise of an international police power."²⁴

Intervention seitens der USA, so versicherte Roosevelt, sei nur das letzte Mittel und so lange nicht erforderlich, wie sich die Staaten der Karibik an den Grundsätzen einer zivilisierten Gesellschaft orientierten. "It is a mere truism to say that every nation, whether in America or anywhere else, which desires to maintain its freedom, its independence, must ultimately realize that the right of such independence can not be separated from the responsibility of making good use of it." Der Interventionsanspruch, so Roosevelt, zielt nicht auf die Besetzung fremder Territorien sondern auf das Wohlergehen der amerikanischen Staaten. Damit grenzte sich der Präsident von dem auf Kolonialerwerb gerichteten 'klassischen' europäischen Imperialismus ab. "It is not true that the United States feels any land hunger or entertains any projects as regards the other nations of the Western Hemisphere save such as for their welfare. All that this country desires is to see the neighboring countries stable, orderly, and prosperous."²⁵ Allerdings hielt Roosevelt es aus taktischen Gründen für angebracht, die machtpolitischen Ziele der USA öffentlich nicht allzu lautstark zu artikulieren. "Speak softly and carry a big stick", so Roosevelt bereits vor seinem Einzug ins Weiße Haus.²⁶ Bezeichnenderweise dominiert in der Erinnerungspolitik der zweite Teil des Zitats.

24 Theodore Roosevelt, Fourth Annual Message, 6. 12. 1904, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=29545&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

25 Ebenda.

26 Theodore Roosevelt an Henry L. Sprague, 26. 1. 1900, Auszug in: American Treasures of the Library of

Roosevelts Außenpolitik ist immer wieder als Politik des ‚Big Stick‘ charakterisiert worden.

Roosevelts Nachfolger im Weißen Haus, William Howard Taft, hat versucht, die Politik militärischer Interventionen durch andere Mittel der Einflussnahme zu ersetzen, „substituting dollars for bullets“, wie Taft im Rückblick auf seine Amtszeit resümierte.²⁷ Die Antwort hieß Dollar Diplomacy, ein Begriff der bis zur Gegenwart zur Charakterisierung eines amerikanischen Finanzimperialismus herangezogen wird. Die Dollardiplomatie Tafts hatte ihre geographischen Schwerpunkte in Lateinamerika und China. Diese Konzentration Tafts auf Lateinamerika und China bedeutete aber keinesfalls den Verzicht Washingtons auf globale Einflussnahme. Das belegt die Politik seines Nachfolgers Woodrow Wilson.

4 Woodrow Wilsons ‚idealistischer‘ Imperialismus

Präsident Wilson hat den Krieg in Europa wiederholt zum Anlass genommen, Grundsatz-erklärungen zu den Prinzipien amerikanischer Außenpolitik abzugeben und für die Gestaltung der Nachkriegsordnung eine Führungsrolle zu postulieren. Washington werde nur eine solche Friedensregelung akzeptieren, die sich an den Grundsätzen der amerikanischen Demokratie orientiere. In seiner Rede vom 2. April 1917, in der er den Kongress zu einer Kriegserklärung an Deutschland aufforderte, prägte er die berühmte Formel „The world must be made safe for democracy“.²⁸ Dieses Motto, das von der Regierung in der Kriegspropaganda auch visualisiert wurde, ist im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner tief verankert und gilt als Beleg für die idealistischen Motive amerikanischer Außenpolitik. Sogar die offizielle Wilson-Kurzbiographie auf der Homepage des Weißen Hauses spricht von einem Kreuzzug für die Demokratie.²⁹

Congress, <http://www.loc.gov/exhibits/treasures/trm139.html> (abgerufen 15. 1. 2011).

27 William Howard Taft, Fourth Annual Message, 3. 12. 2012, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=29553&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

28 Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress Requesting a Declaration of War Against Germany, 2. 4. 1917, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=65366&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

29 Die offizielle Wilson-Biographie auf der Homepage des Weißen Hauses spricht von einer „crusade to make the world ‚safe for democracy‘“, www.whitehouse.gov/about/presidents/woodrowwilson (abgerufen 1. 2. 2011).



Abbildung 1: Rekrutierungsposter der US-Marine 1917

Am ausführlichsten hat Wilson dann nach dem amerikanischen Kriegseintritt in den viel zitierten 14 Punkten am 8. Januar 1918 sein Friedensprogramm konkretisiert: Absage an Geheimdiplomatie der Vorkriegszeit, Freiheit der Meere, Freiheit des Welthandels, Rüstungsbeschränkungen, internationale Regelung der Kolonialfrage und Etablierung eines Völkerbundes.³⁰ Die anvisierte Weltordnung, sollte weder durch formelle imperialistische Expansion der europäischen Mächte noch durch einen revolutionären Sozialismus gefährdet sein. Im Rahmen liberaler Ideen und Institutionen sollte allen Staaten ein Höchstmaß an Selbstbestimmung ermöglicht werden. In welchem Maße sich das Konzept einer neuen Weltordnung an amerikanischen Wertvorstellungen orientierte, belegt der von Wilson bereits vor dem Kriegseintritt der USA formulierte Vorschlag, die Monroe-Doktrin zur Welt doktrin zu erheben. Von den USA unilateral definierte Normen sollten Grundlage eines global verbindlichen Völkerrechts werden.

“[...] the nations should with one accord adopt the doctrine of President Monroe as the doctrine of the world: [...] that no nation should seek to extend its polity over any other nation or people, but that every people should be left free to determine its own polity, its own way of development, unhindered, unthreatened, unafraid, the little along with the great and powerful.”³¹

Diese von Wilson postulierte Weltordnung wurde zunächst vor allem durch die deutsche Machtpolitik und später durch die Revolution in Russland grundlegend herausgefordert. Wilson hat daher den Ersten Weltkrieg als Entscheidungskampf und zwischen Autokratie und Demokratie begriffen. Für Amerika als Exponenten der Demokratie sei es eine Pflicht

30 Woodrow Wilson, Address to a Joint Session of Congress on the Conditions of Peace, 8.1.1918, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=65405&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

31 Woodrow Wilson, Address to the Senate of the United States: “A World League for Peace”, 22. 1. 1917, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=65396&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

und ein Privileg, als Hauptinterpret für diejenigen demokratischen Prinzipien aufzutreten, die allein geeignet sein könnten, die Welt vom Unrecht zu befreien und der Menschheit Frieden und Glück zu bringen. Zu den amerikanischen Prinzipien könne es eine Alternative nicht geben, denn diese Grundsätze, so Wilson, seien zugleich "the principles of mankind and must prevail."³² Es sei im Interesse aller Nationen, dass die Vereinigten Staaten die Führung übernehmen, nicht zuletzt deshalb, weil Amerika die einzige idealistische Nation sei. "Sometimes people call me an idealist. Well, that is the way I know I am an American. [...] America is the only idealistic Nation in the world. [...] If by any mysterious influence of error America should not take the leading part in this new enterprise of concerted power, the world would experience one of those reversals of sentiment, one of those penetrating chills of reaction, which would lead to a universal cynicism, for if America goes back upon mankind, mankind has no other place to turn. It is the hope of all nations all over the world that America will do this great thing."³³

Allerdings darf das Eintreten Wilson für demokratische Grundsätze nicht als idealistisch motivierter Selbstzweck verstanden werden. Die Etablierung demokratischer Ordnungsprinzipien ist zugleich ein Mittel zur globalen Durchsetzung des amerikanischen Führungsanspruchs. In einer nach amerikanischen Prinzipien organisierten Welt würden die USA ihre Dominanz ausspielen können, ohne auf das Mittel direkter politischer oder gar militärischer Herrschaft zurückgreifen zu müssen. Das heißt zugespitzt formuliert: Hegemonie durch Demokratie.

Richard Immerman spricht in diesem Zusammenhang von einem "Empire for Liberty".³⁴ Allerdings hat Wilson seine Vorstellungen nicht durchsetzen können. Zwei Gründe sind vor allem zu nennen: Zum einen zwangen die unterschiedlichen Vorstellungen der europäischen Siegermächte Wilson zu Kompromissen auf der Versailler Friedenskonferenz. Zum anderen war der amerikanische Senat nicht bereit, einen Beitritt der USA zum Völkerbund zu akzeptieren, weil man eine Einschränkung der autonomen amerikanischen Handlungsfreiheit befürchtete. Diese Absage an das Versailler Vertragssystem ist immer wieder als Isolationismus interpretiert worden.

5 Rückzug aus der Weltpolitik nach dem Ersten Weltkrieg?

Nach dem Ersten Weltkrieg haben sich die USA jedoch keineswegs aus der Weltpolitik zurückgezogen, wie dies von der traditionellen, am sichtbaren politischen Geschehen orientierten Geschichtsschreibung immer wieder suggeriert worden ist. Auf dem Gebiet der 'klassischen' Außen- und Sicherheitspolitik sicherten sich die USA gemeinsam mit Großbritannien auf der Washingtoner Flottenkonferenz (1921/22) eine führende Position auf

32 Woodrow Wilson, Address to the Senate of the United States: "A World League for Peace", 22. 1. 1917, in: <http://www.presidency.ucsby.edu/ws/index.php?pid=65396&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen 1. 2. 2011).

33 Address at the Coliseum in Sioux Falls, 8. 9. 1919, in: The Papers of Woodrow Wilson 1990, 113.

34 Immerman 2010, 161.

dem Gebiet der Seerüstung. So kamen in dem Flottenvertrag vom 6. Februar 1922 die fünf führenden Seemächte überein Ihre jeweiligen Flottenstärken im Verhältnis 5 (USA): 5 (Großbritannien): 3 (Japan): 1,75 (Frankreich): 1,75 (Italien) zu begrenzen. Dies war in der amerikanischen Asienpolitik ein wichtiger vertrapspolitischer Schritt, der Expansion Japans entgegenzuwirken. Außerdem war es den USA gelungen, in einem weiteren Vertrag das Prinzip der Offenen Tür in China vertraglich abzusichern. Zwar hat sich Japan mit der 1931 eingeleiteten Kriegführung gegen China über diese vertraglichen Bindungen hinweggesetzt, die im Flottenvertrag fixierte Rolle der USA als führende Flottenmacht ist davon jedoch nicht berührt.

In Lateinamerika haben die USA auch in den 1920er Jahren ihre Interventionspolitik zunächst fortgesetzt. Die Militärpräsenz in Haiti, der Dominikanischen Republik und in Nikaragua belegt dies. Allerdings wurden während der Präsidentschaft Herbert Hoovers Ende der 1920er Jahre Überlegungen angestellt, wie diese Interventionspolitik durch ‚sanftere‘ Methoden der Einflussnahme ersetzt werden könnte.³⁵ Der 1928 zum Präsidenten gewählte Republikaner Herbert Hoover hat noch vor seiner Amtseinführung Anfang 1929 zehn lateinamerikanische Staaten besucht und die mit dem Namen seines Nachfolgers Franklin D. Roosevelt verknüpfte Good Neighbor Policy eingeleitet.

Gegenüber Europa haben die USA ihr ökonomisches Potential und die im Verlauf des Krieges entwickelte finanzpolitische Kontrollstellung dazu benutzt, die europäische Politik informell auf vielen Gebieten erfolgreich zu beeinflussen. Im Bereich der internationalen Finanzpolitik haben die USA im Jahre 1924 als Architekten des Dawes-Plans den entscheidenden Beitrag zur Lösung des Reparationsproblems geleistet. Damit waren die Rahmenbedingungen für die Stabilisierung der deutschen Währung nach der Hyperinflation sowie den Zufluss von amerikanischem Kapital nach Europa und namentlich Deutschland geschaffen. Die Abhängigkeit der Weimarer Republik vom amerikanischen Kapitalmarkt eröffnete der amerikanischen Politik die Möglichkeit der informellen Einflussnahme auf die deutsche Außen- und Innenpolitik.

Die deutschen Regierungen waren bereit, dies vor allem deshalb zu akzeptieren, weil Deutschland auf Kapitalimporte aus den USA angewiesen war, und die deutsche Revisionspolitik die USA für eine Unterstützung eines ‚peaceful change‘ in Europa und damit den deutschen Wiederaufstieg zu gewinnen hoffte. Diese bereits in den 1960er Jahren von Werner Link³⁶ auf breiter empirischer Basis analysierte deutsch-amerikanische Interessenparallelität hatte für Washington auch eine über das bilaterale Verhältnis hinausgreifende Bedeutung. Über eine Steuerung der deutschen Politik bot sich auch die Möglichkeit, auf die gesamteuropäische Entwicklung Einfluss zu nehmen, ohne sich auf sichtbarer diplomatischer Ebene exponieren zu müssen. Als Beispiel sei hier die Opposition der USA gegen europäische Integrationsbestrebungen wie etwa den französischen Paneuropaplan vom Mai 1930 in Europa genannt.

Zu der finanzpolitischen Abhängigkeit Deutschlands und Europas von den USA kam die zunehmende wirtschafts- und handelspolitische Verflechtung. Durch den deutsch-amerikanischen Handelsvertrag vom 23. Dezember 1923 hatten sich die USA gegenüber Deutschland die Meistbegünstigung und damit indirekt auch gegenüber den deutschen

35 Vgl. Clark 1930.

36 Link 1970.

Handelspartnern die Politik der Offenen Tür gesichert, ohne die eigenen Märkte für europäische Produkte nachhaltig zu öffnen. Wichtiger noch als die handelspolitischen Beziehungen war die Amerikanisierung von Teilen der europäischen Volkswirtschaften. Auch hier stand Deutschland im Mittelpunkt. Da waren zum einen die unternehmerischen Aktivitäten wie die Gründung von Tochterfirmen oder der Kauf von Unternehmen wie beispielsweise Opel im Jahre 1929 oder die – zum Teil bis in die ersten Kriegsjahre reichende – Zusammenarbeit mit deutschen Konzernen. Die unternehmerische Präsenz in Europa eröffnete auch die Perspektive, amerikanische Führungs- und Produktionsmethoden in Europa zu etablieren und den Europäern die amerikanische Konsumgesellschaft näher zu bringen. Zu Recht spricht Victoria de Grazia von einem „Imperium der Marktwirtschaft“, das eine „Konsumrevolution in Gang setzen und deren Institutionen und Praktiken nach Europa“ tragen wollte.³⁷ Diese Ansätze der 1920er Jahre haben die USA dann nach 1945 in Westeuropa nahezu ungehemmt realisiert, nachdem der Zweite Weltkrieg neue machtpolitische Konstellationen geschaffen hatte. Zunächst galt es jedoch, die mit dem New Yorker Börsenkrach im Oktober 1929 ausgelöste Weltwirtschaftskrise der Jahre nach 1929 zu überwinden.

6 Franklin D. Roosevelt. Krisenbekämpfung und Außenpolitik 1933–1940

In den USA ist der Kampf gegen die Große Depression der 1930er Jahre vor allem mit dem Namen Franklin Delano Roosevelt verknüpft, der im November 1932 die Präsidentschaftswahlen mit überwältigender Mehrheit gewonnen hatte. Das innenpolitische Reformprogramm des New Deal bedeutete allerdings keinen Verzicht auf außenpolitische Einflussnahme. Zwar war Roosevelt bereit, im Rahmen der von ihm proklamierten Good Neighbor Policy auf militärische Interventionen in Lateinamerika zu verzichten. Stattdessen sollte die Washingtoner Hegemonie in Lateinamerika mit wirtschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden. Der Monroe-Doktrin wurde ökonomisch interpretiert. Als außenpolitische Instrumente dienten die im Februar 1934 gegründete Export-Import Bank und die Handelsvertragspolitik im Rahmen des Reciprocal Trade Agreements Act vom Juni 1934.

Für die politischen Dimensionen der Washingtoner Handelspolitik ist der britisch-amerikanische Handelsvertrag vom November 1938 ein eindrucksvoller Beleg. Diese politische Komponente ist in den britischen Akten besonders deutlich belegt. Die Regierung Chamberlain wollte sich für den Kriegsfall die Unterstützung durch die USA sichern. Für die Regierung Roosevelt hatte der Handelsvertrag mehrere Vorteile. Er sandte an Hitler das – in Berlin auch so diagnostizierte – Signal über das Zusammengehen der beiden großen Demokratien. Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Bedrohung entstand hier eine transatlantische Gegenfront zur Expansion des ‚Dritten Reiches‘. Zugleich konnten die USA mit den im Vertrag erlangten handelspolitischen Vorteilen Großbritannien auf das Prinzip der unbedingten Meistbegünstigung verpflichten und damit eine Bresche in das

37 De Grazia 2010, 20.

Präferenzsystem des britischen Imperiums (seit 1931 mit der Bezeichnung British Commonwealth of Nations), schlagen. Auch dies hatte insofern eine über den ökonomischen Bereich hinausgreifende politische Bedeutung, als sich hier der Washingtoner Führungsanspruch manifestiert. Innenpolitisch hatte die politische Instrumentalisierung der Handelspolitik den Vorteil, dass sie der isolationistischen Grundstimmung in der amerikanischen Öffentlichkeit insofern Rechnung trug, als die politischen Implikationen nicht so leicht zu durchschauen waren und die Regierung argumentieren konnte, es handle sich ‚nur‘ um einen ökonomischen Vorgang zum Wohle der amerikanischen Wirtschaft.

Allerdings hat Roosevelt in einem anderen Kontext auch politisch unmissverständlich Stellung bezogen. In Reaktion auf die nationalsozialistischen Judenpogrome vom 9. November 1938 hatte der Präsident die vom State Department entworfene Presseerklärung zur Verurteilung der Vorgänge in Deutschland handschriftlich ergänzt: „I myself could hardly believe that such things could occur in a Twentieth Century civilization.“³⁸

Die ideologische, politische und ökonomische Frontstellung der angelsächsischen Mächte war vor Beginn des Krieges in Europa klar ausgeprägt. Die USA würden in einem europäischen Krieg nicht abseits stehen. Das belegt nicht zuletzt die Tatsache, dass die Washingtoner Planungen für eine Nachkriegsordnung eingesetzt hatten, bevor die USA militärisch in den Krieg eingriffen. Präsident Roosevelt war sich unter dem Eindruck der deutschen, japanischen und italienischen Aggressionen darüber im Klaren, dass eine globale militärische Konfrontation zwischen den westlichen Demokratien und den totalitären Staaten unvermeidlich war. Seit 1940 befanden sich die USA im Atlantik mit dem Dritten Reich in einer Art „Undeclared War“.³⁹ Die offene militärische Intervention war lediglich eine Frage der Zeit. Diese Frage wurde durch den japanischen Überfall auf Pearl Harbor vom 7. Dezember 1941 und die am folgenden Tag erfolgte Kriegserklärung der USA beantwortet.

7 Franklin D. Roosevelts Konzept der ‚One World‘ 1941–1945

In seiner Jahrbotschaft an den Kongress vom Januar 1941 hatte Roosevelt deutlich gemacht, dass sich die amerikanische Politik an den Grundprinzipien ihrer Demokratie orientieren werde und vier Punkte hervorgehoben: Redefreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Mangel und Freiheit von Furcht.⁴⁰ Einige Wochen später hat der Präsident die fundamentale Bedeutung dieser Four Freedoms für die amerikanische Außenpolitik in einem Vortrag vor Journalisten noch einmal akzentuiert hervorgehoben und seine Entschlossenheit signalisiert, diese Grundwerte kompromisslos zu verteidigen.⁴¹ Diese vom amerikanischen Maler

38 Faksimile des handschriftlich ergänzten Entwurfs vom 15. 11. 1938, in: Schewe 1980, 83.

39 Langer/Gleason 1953.

40 Franklin D. Roosevelt, Annual Message to Congress on the State of the Union, 6. 1. 1941, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=16092&st=&st1=#axzz1QNt6dX79> (abgerufen. 22. 4. 2010).

41 Franklin D. Roosevelt, Address at the Annual Dinner of White House Correspondents' Association, 15. 3. 1941, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=16089&st=&st1=#axzz1QNt6->

Norman Rockwell auch visualisierten Four Freedoms wurden Leitmotiv der amerikanischen Kriegspropaganda.⁴² Noch vor dem Kriegseintritt der USA hat Roosevelt im August 1941 in der Atlantik-Charta der Weltöffentlichkeit die amerikanischen Kriegsziele mitgeteilt: Verzicht auf territoriale Erwerbungen, territoriale Veränderungen nur mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung, Selbstbestimmungsrecht, Gleichberechtigung im Handel und im Zugang zu Rohstoffen für alle Staaten, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, Freiheit der Meere, Abrüstung und Gewaltverzicht sowie in sprachlicher Anknüpfung an die Four Freedoms "freedom from fear and want".⁴³

Diese acht Punkte, denen der britische Premier Winston Churchill nur zögerlich zugestimmt hatte, weil sie sich im Kern auch gegen den Fortbestand des britischen Imperiums richteten, stehen in der Tradition der 14 Punkte Woodrow Wilsons. Es handelt sich um ein Programm zur möglichst weltweiten Durchsetzung demokratischer und liberal-kapitalistischer Prinzipien, an deren Ende die Dominanz der USA stehen sollte. Das 20. Jahrhundert würde zum "American Century" werden, wie der Journalist Henry Luce im Februar 1941 formulierte.⁴⁴ Diese liberal-imperialistische Außenpolitik hat in subtiler Weise die demokratischen Prinzipien und den amerikanischen Hegemonialanspruch verknüpfte: Hegemonie durch Demokratie.

Insofern steht die Politik Franklin D. Roosevelts in der Kontinuität der Programmatik Woodrow Wilsons. Allerdings eröffneten sich für Washington aufgrund des während des Krieges ständig steigenden machtpolitischen Einflusses der USA neue Perspektiven zur Realisierung der angestrebten Pax Americana. Auf den Kriegskonferenzen suchte die amerikanische Diplomatie die Grundprinzipien der Atlantik-Charta bei der Gestaltung der internationalen Nachkriegsordnung durchzusetzen und insbesondere der Herausbildung von Interessensphären entgegenzuwirken. Das Roosevelt'sche Konzept einer ungeteilten Welt, der 'One World', in der den USA aufgrund ihrer im Verlauf des Krieges gestiegenen machtpolitischen Position die Dominanz zufallen würde, manifestierte sich etwa in der nach Roosevelts Tod realisierten Gründung der Vereinten Nationen und in der Konferenz von Bretton Woods vom Juli 1944, die den amerikanischen Dollar als führende Währung in der Welt festschrieb. Es entsprach dem Charakter der von Roosevelt im Rahmen internationaler Kooperation angestrebten eher indirekt-informellen Dominanz, wenn dieser Führungsanspruch auf den Kriegskonferenzen nicht lautstark proklamiert wurde. Allerdings gibt die Kriegspropaganda deutliche Hinweise auf die Entschlossenheit der amerikanischen Regierung, die Nachkriegsordnung in ihrem Sinne zu gestalten.

dX79 (abgerufen 15. 4. 2011).

42 Vgl. Murray/McCabe 1993.

43 Atlantic Charter, 14. 8. 1941, <http://avalon.law.yale.edu/wwii/atlantic.asp>.

44 Luce 1941.

8 Die Visualisierung des globalen Führungsanspruchs 1941–1946

Der globale Führungsanspruch wurde auf vielfältige Weise visualisiert. In den intensiven Propagandakampagnen ging es zwar primär um die Mobilisierung der Bevölkerung für den Kriegseinsatz auch an der ‚Heimatfront‘, zugleich wurden dem amerikanischen Publikum aber immer wieder die globalen Dimensionen des Weltkrieges sichtbar gemacht, denen sich auch die USA in ihrem eigenen Interesse nicht entziehen konnten. Aus dieser weltweiten Präsenz, aus diesen neuen Grenzen, wurde dann ein globaler Führungsanspruch abgeleitet. Hier sind vor allem die von der Regierung in Washington in Auftrag gegebenen Plakate und Filme zu nennen.

Ein eindrucksvolles Beispiel für die amerikanische Filmpropaganda ist der unter der Ägide von Frank Capra entstandene Film „War Comes to America“ aus der siebenteiligen Serie „Why We Fight“.⁴⁵ Nach einem kurzen historischen Rückblick auf den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und die Besiedlung des Westens wird die Bedrohung der USA durch die Achsenmächte mit Hilfe von Kartenausschnitten visualisiert. Diese Bedrohung war dann Rechtfertigung für außenpolitisches Handeln. So wurde die mit der Verabschiedung des Lend-Lease-Gesetzes vom März 1941 ermöglichte materielle Unterstützung Großbritanniens sowie später auch der Sowjetunion und zahlreicher anderer Staaten dem Zuschauer als die logische, ja zwangsläufige ‚Schubumkehr‘ der Bedrohung Amerikas bildlich präsentiert. Die entsprechende Gesetzesvorlage trug die Nummer 1776, „another declaration of independence, independence from tyranny, 1941 style“, wie es im Kommentar heißt.

In dem Film wurden allerdings nicht nur die direkte militärische und die indirekt ideologische Bedrohung dramatisiert. „War Comes to America“ thematisiert auch in eindringlicher Weise die ökonomischen Gefahren, die für die USA aus einer Dominanz der Achsenmächte in Europa und Asien resultieren würden.

“We in North and South America would be left with the raw materials of 3/10th of the earth’s surface against the Axis with the resources of 7/10th. We would have one industrial region against their three industrial regions. We would have 1/8th of the world’s population against their 7/8th. [...] Thus an Axis victory and Asia would leave us alone and virtually surrounded.”

Eine derartige, von außen erzwungene Beschränkung auf den nord- und südamerikanischen Doppelkontinent stand für die amerikanischen Führungseliten nicht zur Debatte. Sicherheit, Wohlstand und Demokratie schienen dauerhaft nur dann garantiert, wenn das Streben Washingtons nach neuen Grenzen und die letztlich weltumspannende Präsenz der USA nicht blockiert würden. Globales Handeln der USA ergab sich also auch aus ökonomischen Gründen. Diese waren immer integraler Bestandteil der amerikanischen Sicherheitspolitik. Noch breiter angelegt als die Filmpropaganda war die im öffentlichen Raum allgegenwärtige Plakatpropaganda. In zahllosen Postern wurde die amerikanische Bevölkerung mit

45 In Europa veröffentlicht in: Der Zweite Weltkrieg 2005.

dramatischen Hinweisen auf die Gefährdung Amerikas aufgefordert, ihren Beitrag zu den Kriegsanstrengungen zu leisten: Haushalten mit den materiellen Ressourcen, Zeichnen von Kriegsanleihen, Arbeiten in der Rüstungsindustrie vor allem der Frauen. Hier entstand das Bild der ‚Rosie the Riveter‘, das in der Formel „We can do it“ bis in die Gegenwart präsent ist.⁴⁶

Diese Kriegspropaganda hat fraglos zu der schnellen Mobilisierung der amerikanischen Ressourcen beigetragen, die für den Sieg über die Achsenmächte von entscheidender Bedeutung war. Die Amerikaner wurden immer wieder darauf hingewiesen, dass es nicht nur darum gehe, Rache für Pearl Harbor zu nehmen: „Avenge Pearl Harbor“.⁴⁷ Es gelte vor allem, das ‚American System‘ zu verteidigen. Besonders einprägsame Beispiele bietet hier die Posterserie „This is America“, die unter ausdrücklichem Bezug auf die Vier Freiheiten⁴⁸ das breite Spektrum der amerikanischen Werte visualisiert, von den individuellen Freiheiten bis zur privatkapitalistischen Struktur der Wirtschaft. Bereits seit Mitte der 1930er Jahre hatten von der Industrie initiierte Werbeaktionen auf großen Plakatwänden daran erinnert, dass es zum ‚American System‘ keine Alternative gebe, weil die amerikanische Wirtschaft allen anderen Staaten überlegen sei: „There is no way like the American way“⁴⁹ und „This is America“⁵⁰ lauteten die Kampagnen. Dies hat die Kriegspropaganda der Regierung dann immer wieder deutlich gemacht und den Kriegsverlauf dann auch als Beleg für die Überlegenheit des ‚American System‘ angeführt: „This war is proving that our American Way can out-produce, out-fight and out-last any other system of the world.“⁵¹ Das ‚American System‘ habe allerdings nur dann eine Zukunft, wenn es erfolgreich verteidigt werde. „Future U.S. progress depends on our keeping alive the American system of free workers and free enterprise for the good of all.“⁵² Hier handelten die USA, so die Argumentation, nicht nur im eigenen Interesse, sondern erfüllten auch die Hoffnungen der Welt („the hope of the world“).⁵³

46 Vgl. Schön 2005, 110–113.

47 NA, Still Picture Branch, Nr. 179-WP-936.

48 Vgl. NA, Still Picture Branch, Nr.44-PA-2066.

49 Plakatwand am U.S. Highway 99 in Kalifornien (März 1937), in: Library of Congress, Washington, DC, Prints and Photographs Division, Farm Securities Administration Black and White Negatives, Nr. LC-USF34- 016211-C, <http://www.loc.gov/pictures/collection/fsa/item/fsa2000000880/PP/> (abgerufen 20. 3. 2011).

50 Plakatwand in Dubuque, Iowa (April 1940), ebenda, Nr. LC-USF33- 001695-M2, <http://www.loc.gov/pictures/collection/fsa/item/fsa1997005436/PP/> (abgerufen 20. 3. 2011)

51 NA, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-2107.

52 NA, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-849.

53 NA, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-2059.

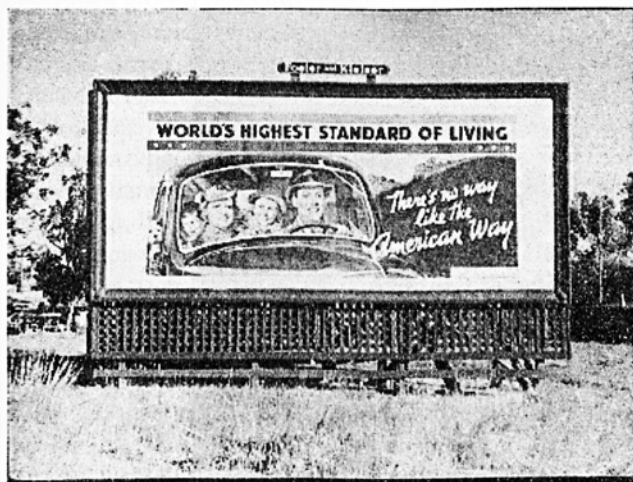


Abbildung 2: Plakatwand am U.S. Highway 99 in Kalifornien

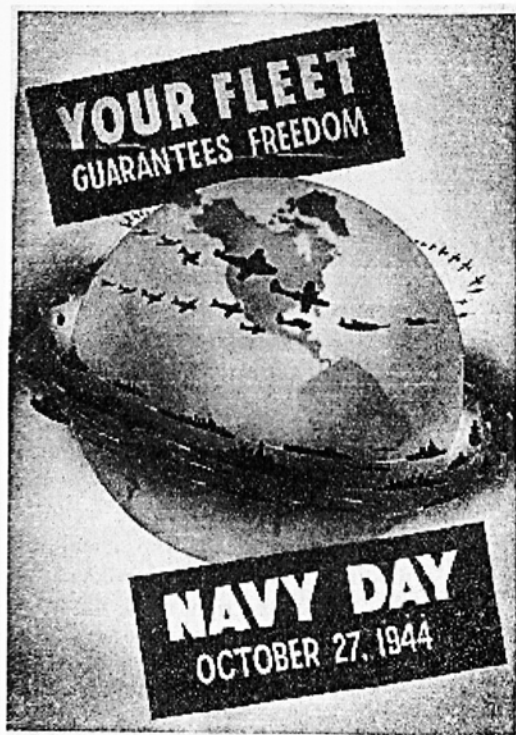


Abbildung 3: Poster zum Navy Day 1944

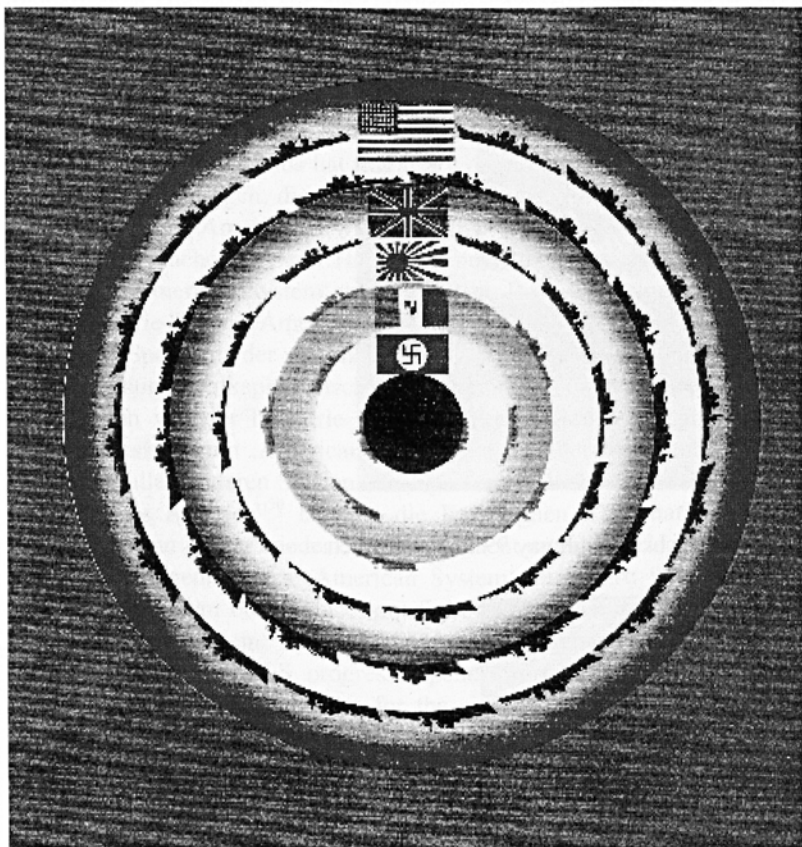


Abbildung 4: Broschüre über die U.S. Navy

Im Rahmen dieser Kriegspropaganda wurde das amerikanische Publikum visuell unterschwellig auf die globale Präsenz der USA eingestimmt und sollte offensichtlich daran gewöhnt werden, dass die ‚neuen Grenzen‘ Amerikas globale Dimensionen haben würden. Marine und Luftstreitkräfte wurden als weltumspannend dargestellt. So in einem Poster zum Navy Day 1944.⁵⁴ Und eine Broschüre über die Marine visualisiert diese weltumspannende Flottenpräsenz zugleich als Demonstration der Stärke.⁵⁵ Unmissverständlich haben die USA ihre Führungsrolle angemeldet, symbolisiert durch die amerikanische Flagge und mit der eindeutigen Botschaft: „This flag has earned the right to be the most respected national symbol in the world – and it is.“⁵⁶

⁵⁴ Vgl. NA, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-2530.

⁵⁵ The U.S. Navy 1944.

⁵⁶ NA, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-2026.

Einen großen Stellenwert hatte die Luftwaffenpropaganda. Zunächst sollten dem amerikanischen Publikum die Vorteile von Luftstreitkräften nahe gebracht werden, um die Akzeptanz dieses neuen Zweigs der amerikanischen Armee zu sichern. Ein Beispiel ist die United Artists/Walt Disney-Produktion des Jahres 1942 "Victory Through Air Power".⁵⁷ In zahlreichen Animationen wird die Produktion von Langstreckenbomben als unabdingbare Voraussetzung für einen Sieg über Deutschland und Japan verdeutlicht. Am Kriegsende wurden dann die strategischen Erfolge der amerikanischen Luftstreitkräfte wiederholt gewürdigt. Im September 1945 gab die amerikanische Post ein Sondermarke heraus, um die Leistungen der U.S. Army sichtbar zu machen. Der erste Entwurf der 3-Cent-Marke basiert auf einem nach der Befreiung der französischen Hauptstadt aufgenommenen Foto, das eine Marschkolonne amerikanischer Soldaten vor dem Hintergrund des Arc de Triomphe zeigt. Diese Demonstration der Macht wurde visuell dadurch verstärkt, dass das Kriegsministerium eine Fotomontage anfertigte, die sechs Flugzeuge am Himmel deutlich erkennen lässt.⁵⁸ Darstellungen zur Schlagkraft der amerikanischen Luftwaffe richteten sich nicht nur an die „Heimatfront“. Sie sollten auch Verbündete und Kriegsgegner beeindrucken. Hier ging es nicht nur um die propagandistische Begleitung der aktuellen Kriegführung, sondern zunehmend auch um Botschaften, die über das Ende der militärischen Konflikte hinaus wirken sollten.

Nach der Unterzeichnung der japanischen Kapitulationsurkunde auf dem Schlachtschiff Missouri am 2. September 1945 überflog nach dem Schlussstatement von General MacArthur eine Armada amerikanischer Flugzeuge den Ort des Geschehens.⁵⁹ Als die Marine im Oktober 1945 auf dem Hudson River – ähnlich wie nach dem Sieg über Spanien 1898 – eine auch von Präsident Truman besuchte gigantische Flottenparade abhielt, zeigten sich ebenfalls beeindruckende Formationen von Flugzeugen am Himmel.⁶⁰ Zwei Einsätze der amerikanischen Luftstreitkräfte sind als besonders dramatische Machtdemonstrationen zu bewerten. Die Bombardierung Dresdens am 13. Februar 1945 und der Abwurf der zweiten Atombombe am 9. August 1945 über Nagasaki. Eine im engeren Sinne militärisch-strategische „Begründung“ scheint kaum plausibel, denn in beiden Fällen war das militärische Schicksal der Gegner zum Zeitpunkt der Bombardierungen bereits besiegelt. Vor allem im Einsatz über Nagasaki, drei Tage nach dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima, ist die „Bombe als Demonstration der Macht“ zu verstehen⁶¹ und namentlich als Botschaft an die Sowjetunion und den Rest der Welt, dass das amerikanische Machtpotential globale Dimensionen erlangt hatte. Die Bilder gingen um die Welt. Die Bilder sollten um die Welt gehen, gewissermaßen als Gedächtnisstütze an die Tatsache, dass die USA in letzter Konsequenz ihre Dominanz auch mit militärischen Mitteln würden global durchsetzen können.

Die USA haben ihren Anspruch auf globale Führung allerdings nicht primär mit der Durchsetzung spezifisch amerikanischen Interessen begründet. Ähnlich wie in der Wilson-

57 NA, Motion Pictures, Sound, and Video Branch, Nr. 342-USAF-38105.

58 Die Genesis der Fotomontage ist dokumentiert in den Akten des Postministeriums: Smithsonian Institution Libraries, Washington/DC, U.S. Post Office Department Postage Stamp Design Files, Nr. 934.

59 Universal News, 8. 9. 1945, in: NA, Motion Pictures, Sound, and Video Branch, Nr. 208-UN-171B, online: <http://www.youtube.com/watch?v=4EqRTWMVqMY> (abgerufen 21. 4. 2011).

60 Universal News, 25.10.1945, in: NA, Motion Pictures, Sound, and Video Branch, Nr. 208-UN-180.

61 Von Borch 1976.

Ära wurde dieser Führungsanspruch als Dienst an der gesamten Menschheit interpretiert. Amerika, das Arsenal der Demokratie im Krieg, müsse auch nach dem Krieg die Führung übernehmen und als Architekt des Wiederaufbaus tätig sein. Diese Grundstimmung spiegelt sich beispielhaft in der Wochenschau Paramount News von Anfang 1946.⁶² Den Rückblick auf die Ereignisse des Jahres 1945 nahm die Paramount News zum Anlass, auch einen Blick in die Zukunft zu werfen. Die USA müsse eine globale Führungsrolle übernehmen, und es wurde wie selbstverständlich davon ausgegangen dass dies auch der Wunsch der Mehrheit der Erdenbürger sei:

“And in 1946 much of the world looks to these United States as the guardian of civilization. And the world looking to us for leadership has one great question: Can we the arsenal of democracy in wartime also lead the nations in peace-time? After the last war we failed. Now new decades, new centuries stretch out, the raw material of time for us to shape and mould. And this may be our last chance. [...] America, an architect must work now to rebuild the weary world. [...] We can work as one people in this world. Partner in a vast brotherhood [...] Yes, we who live because they died must keep the faith, faith in our nation and faith in mankind’s future. Let us in solemn tribute to the year of victory dedicate this New Year for the search of peace. Let us dedicate each of us America’s knowledge, America’s abundance and above all America’s heart. We have split the atom. We must reunite the world to save mankind. Let there be peace.”

Der Anspruch auf globale Führung speist sich in den USA aus dem kollektiven Bewusstsein von der Überlegenheit des amerikanischen Modells. Dieser Hegemonialanspruch ist innerhalb der USA vor allem deshalb so konsensfähig, weil er das amerikanische Demokratiekonzept, ökonomische Interessen und Sicherheit der USA auf einen Nenner bringt. Hinzu kommt, dass der Sieg über die Diktaturen der Achsenmächte, der nur durch die amerikanische Intervention möglich war, auch außerhalb der Vereinigten Staaten einen hohen moralischen Führungsanspruch begründete.

9 Die Teilung der Welt 1947–1952

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges war den USA zwar endgültig der „Durchbruch zur politischen Weltmacht“ gelungen, unmittelbar nach Kriegsende wurde jedoch deutlich, dass sich das mit dem Namen Franklin D. Roosevelt verbundene Projekt der ‚One World‘ nicht würde realisieren lassen.⁶³ In den Jahren 1946/47 traten die amerikanisch-sowjetischen ideologischen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Gegensätze vor allem in Europa immer deutlicher hervor. Dem Zweiten Weltkrieg folgte der Kalte Krieg, der das internationale System bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1989 entscheidend

62 Paramount News vom 12. 1. 1946, in: NA, Motion Pictures, Sound, and Video Branch, Nr. PARA-PN-5.39.

63 Martin 1981.

geprägt hat. Die USA haben die Teilung der Welt zunächst akzeptiert und sich darauf konzentriert, einen über den Status quo hinausgehenden Machtzuwachs der Sowjetunion zu verhindern. Dies machte Präsident Harry S. Truman deutlich, als er am 12. März 1947 vor dem amerikanischen Kongress einen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion ankündigte. Unmittelbarer Anlass waren finanzielle Hilfsmaßnahmen für Griechenland und die Türkei. Die generelle Zielrichtung hatte allerdings globale Dimensionen. Die USA würden allen Staaten beistehen, die von außen oder innen durch kommunistische Aktivitäten bedroht seien. Diese Truman-Doktrin ist erster sichtbarer Höhepunkt einer amerikanischen Eindämmungspolitik.

Der von dem amerikanischen Diplomaten George F. Kennan geprägte Begriff ‚Eindämmung‘ erweckt sprachlich den Eindruck, die amerikanische Außenpolitik verfolge lediglich eine am Status quo orientierte defensive Strategie, die den USA vom sowjetischen Machtstreben quasi aufgezwungen worden sei. Die auf den ersten Blick nicht erkennbare offensive Komponente basierte auf der von Kennan ebenfalls formulierten Erwartung, mit einer konsequenten Eindämmungspolitik langfristig das Sowjetsystem in seiner innenpolitischen Stabilität treffen zu können, denn jedes diktatorische Regime sei aus Gründen des innenpolitischen Machterhalts auf außenpolitische Dynamik angewiesen. Mit der Sicherung des eigenen Einflussbereichs hatte Washington die Option auf globale Führung also keineswegs aufgegeben.

Im Rahmen ihrer Eindämmungspolitik haben die USA nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb weniger Jahre ein umfassendes Sicherheitssystem aufgebaut. Zu nennen sind neben den bilateral orientierten Verträgen mit Japan, den Philippinen sowie Neuseeland und Australien, der Rio-Pakt vom August 1947 und die Gründung der North Atlantic Treaty Organization im April 1949. Die abgedruckte Karte aus den Akten der United States Information Agency (USIA) aus dem Jahre 1952 (Abbildung 5) verdeutlicht diese globale Verankerung der amerikanischen Sicherheitsinteressen und die daraus resultierenden globalen Einflussmöglichkeiten Washingtons auf die jeweiligen Vertragspartner. Diese hegemoniale Komponente der amerikanischen Sicherheitspolitik trat für den zeitgenössischen Betrachter zumeist kaum hervor, weil sie durch die sowjetische Bedrohung überlagert wurde und damit zumindest propagandistisch der Gedanke der Eindämmung im Vordergrund stand. Geographischer Schwerpunkt der Eindämmungsstrategie war Europa.

mussten wenigsten die westeuropäischen Staaten amerikanisches Einflussgebiet sein. Es war daher zentrales Ziel der Washingtoner Politik, Westeuropa wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren und in ein liberal-kapitalistisches Weltwirtschaftssystem zu integrieren. Diese Aufgabe erfüllte das im Juni 1947 angekündigte und als Marshallplan bekannt gewordene European Recovery Program (ERP), das am 2. April 1948 in Kraft trat. Es war erklärtes Ziel des ERP, durch eine finanzielle Initialzündung den Prozess der wirtschaftlichen Rekonstruktion Westeuropas in Gang zu setzen und die westeuropäischen Demokratien auch politisch zu stabilisieren. Mit knapp 14 Milliarden US Dollar wurden diese Ziele in beeindruckender Weise verwirklicht. Das Europäische Wiederaufbauprogramm gilt daher zu Recht als eine große Erfolgsgeschichte. Das belegt nicht zuletzt auch die Tatsache, dass zur Lösung wirtschaftlicher Probleme immer wieder ein neuer Marshallplan gefordert wird, so etwa in jüngster Zeit ein „Marshallplan für Nordafrika“ oder für Griechenland.⁶⁴

Um dem ERP zum Erfolg zu verhelfen, setzte die amerikanische Regierung eine gigantische Propagandakampagne in Gang, die sich aller modernen Massenmedien bediente. Folgende Ziele sollten erreicht werden: 1. Zustimmung der Bevölkerung in den Empfängerländern zu den ökonomischen und politischen Zielen des ERP: wirtschaftlicher Wiederaufbau und politische Stabilität; 2. Zustimmung von Legislative und Öffentlichkeit in den USA; 3. Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses und der kommunistischen Propaganda im Wettkampf der Systeme: Privatkapitalismus und Demokratie vs. Staatssozialismus und Diktatur; 4. Eliminierung von Ambitionen der ‚non-communist left‘ (NCL) zur Etablierung Europas als ‚dritter Kraft‘; 5. Amerikanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Kern ging es darum, die westeuropäischen Demokratien an amerikanischen Ordnungsvorstellungen auszurichten, Westeuropa langfristig an die USA zu binden und die Etablierung Europas als einer eigenständigen Größe zwischen der sich abzeichnenden Blockbildung zu verhindern.

In der praktischen Durchführung hat der Marshallplan der amerikanischen Diplomatie vielfältige Möglichkeiten der direkten und indirekten Einflussnahme eröffnet. Das ergibt sich bereits aus der Struktur der Mittelvergabe. So wurden die Verträge zwischen den USA und den westeuropäischen Empfängerländern jeweils bilateral ausgehandelt. Über die Verwendung der Mittel hatten sich die USA ein Vetorecht vorbehalten, verfügten also über einen Hebel, auf die Investitionsentscheidungen der Empfängerländer Einfluss zu nehmen und damit die Vorstellungen Washingtons über wirtschaftspolitische und ordnungspolitische Prioritäten durchzusetzen.

Als Geldgeber hatten die USA überdies die Möglichkeit, auch die innereuropäischen Beziehungen zu steuern. So hatte Washington von Anfang an die Vergabe von Dollarhilfen von einem Mindestmaß innereuropäischer Integration abhängig gemacht. Diese Integration haben die USA systematisch vorangetrieben, aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen. Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz und politische Geschlossenheit gegenüber der Sowjetunion waren die Hauptargumente. Darüber hinaus wurden die Europäer mit ständigen Erinnerungen daran, dass die Hilfe aus den USA kam sowie der Propagierung des Modells Amerika auf die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen eingestimmt. Zum Teil wurden die transatlantischen Verbindungen grafisch dargestellt und in subtiler Weise

64 Bax 2011, Kritikos 2012.

die Dominanz der USA visualisiert.⁶⁵ Es war eher die Ausnahme, wenn den Europäern unverblümt mitgeteilt wurde, „dass Westeuropa nicht mehr das unangefochtene Zentrum der Welt ist“, wie in dem Film „Die Stunde der Entscheidung“.⁶⁶

Im Kontext der transatlantischen Kooperation kam Westdeutschland eine Schlüsselrolle zu, denn Deutschland war, ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, Kernstück der amerikanischen Europapolitik. Als Besatzungsmacht hatten die USA in Westdeutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf die politischen und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen einen besonders großen Einfluss. Und die Mehrheit der westdeutschen Führungseliten sah in enger Anlehnung an die USA die Chance zu einem deutschen Wiederaufstieg. „Der besetzte Verbündete“⁶⁷ betrachtete gute deutsch-amerikanische Beziehungen als Axiom westdeutscher Außenpolitik, als „zweites Grundgesetz“, wie ein deutscher Politiker formulierte.⁶⁸ Auch nach der westdeutschen Teilsouveränität des Jahres 1955 blieb Westdeutschland für die USA zentrales Element der Europapolitik. Das gilt nicht nur in strategischer und politischer Hinsicht sondern auch in Bezug auf die Wirtschaft. In Westdeutschland lag ein Schwerpunkt in Propagierung und Durchsetzung amerikanischer Ordnungsvorstellungen. Hier hat Washington besonders intensiv für die „Vorteile fordistischer Produktion und die Vermarktung der massenproduzierten Güter“ geworben, „das heißt über ein System, das ‚Wohlstand für alle‘ bringen würde“.⁶⁹ Nicht nur in Westdeutschland, sondern in ganz Westeuropa wurde schließlich das „Imperium der Marktwirtschaft“ Realität.⁷⁰

Die hier angesprochene Marshallplan-Propaganda bettet sich ein in einen größeren Kontext im „Kampf um die Weltmeinung“, wie Frank Schumacher am Beispiel der amerikanischen Deutschlandpolitik herausgearbeitet hat.⁷¹ Im Wettkampf der Systeme hat sich die amerikanische Diplomatie aller verfügbaren Mittel bedient, um der gesamten Weltöffentlichkeit die Überlegenheit des ‚American System‘ zu präsentieren. Das belegen die Quellen insbesondere die umfangreichen Quellen der United States Information Agency (USIA)⁷². Hier ist auch der große Stellenwert von Kultur und Kulturtransfer als zentrale Elemente der sog. Soft Power eindrucksvoll dokumentiert. Einen vorzüglichen Überblick über die globalen Dimensionen der amerikanischen Public Diplomacy bietet die auf breiter Quellengrundlage basierende neuere Studie von Nicholas Cull.⁷³

Marshallplan, NATO, europäische Integration und transatlantische Kooperation sowie Amerikanisierung von Wirtschaft und Gesellschaft haben den USA in den westeuropäischen Staaten eine Fülle von Einflussmöglichkeiten eröffnet. Die innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Spielräume waren durch amerikanische Vorgaben zum Teil erheblich eingeschränkt. In diesem Sinne war Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg Teil des amerikanischen Imperiums. Mit Hinweis auf die innereuropäische Integration und die

65 Abbildungen bei Schröder 2011, 206–208.

66 Englisch- und deutschsprachige Fassungen in: *Selling Democracy 206*, DVD 2.

67 Rupieper 1991.

68 Kiep 1992, 106.

69 Berghahn 2010, 199.

70 De Grazia 2010, 20.

71 Schumacher 2000.

72 Umfangreiche schriftliche Quellen und Filme in: NA, Record Group 306.

73 Cull 2008.

transatlantische Kooperation hat Geir Lundestad von einem „Empire“ by Integration“ gesprochen.⁷⁴

Aus mehreren Gründen wurde die amerikanische Dominanz von den meisten Europäern nicht als ‚Fremdherrschaft‘ empfunden. Die Washingtoner Regierungen übten ihren Einfluss überwiegend informell aus, so dass er für die Bürger zumeist nicht erkennbar war. Zudem hatten die USA angesichts der sowjetischen Bedrohung im Kalten Krieg eine auch psychologisch wichtige Schutzfunktion, die nicht zuletzt in der Präsenz amerikanischer Truppen sichtbar war. Berlin ist hier ein besonders anschauliches Beispiel. Wichtiger noch war die Tatsache, dass die amerikanische Rekonstruktionspolitik in Westeuropa überaus erfolgreich war. Schließlich ist die Amerikanisierung Westeuropas zu nennen, die sich in allen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur manifestierte. In diesem Sinne hat Reinhold Wagnleitner die „Kulturmission der USA“ in einer prägnanten Zuspitzung als „Coca-Colonization“ bezeichnet.⁷⁵ Zu Recht ist von dem „American Century in Europe“ gesprochen worden.⁷⁶ Für die Mehrheit der Europäer wurde der American Way of Life, der ihnen immer nur positiv präsentiert wurde, zum erstrebenswerten Vorbild, ohne sich der Dominanz Amerikas bewusst zu sein. Victoria de Grazia hat daher Amerika treffend als „Das unwiderstehliche Imperium“ bezeichnet.⁷⁷ Aus primär sicherheitspolitischer Perspektive hat Geir Lundestad ein „Empire“ by Invitation“ diagnostiziert.⁷⁸ Insofern war Europa ungeachtet von Differenzen im politischen Alltagsgeschäft im Kalten Krieg ein idealer Partner der USA und darüber hinaus ein wichtiger Eckpfeiler der Washingtoner Weltpolitik.

Präsident Kennedy hat die globale Präsenz der USA im November 1961 prägnant zusammengefasst und in diesem Kontext die vermeintlich altruistischen Dimensionen der amerikanischen Politik herausgestrichen: “[...] beginning with the days of the close of World War II, it has been the United States – first in Western Europe and now in Latin America, and now in Africa, and now in the Middle East, and now in Asia, and now in SEATO, and now in Cento, and now in NATO, and now in the OAS – that really does the work that makes it possible for these institutions to survive. Other countries look at their own interests. Only the United States has obligations which stretch ten thousand miles across the Pacific, and three or four thousand miles across the Atlantic, and thousands of miles to the south. Only the United States – and we are only 6 percent of the world’s population – bears this kind of burden.”⁷⁹

Allerdings musste das amerikanische Imperium zu Beginn der 1970er Jahre in Indochina eine empfindliche und in der amerikanischen Geschichte beispiellose Niederlage hinnehmen. Die Militärmaschinerie der USA sah sich mit einer asymmetrischen Kriegsführung konfrontiert und konnte trotz ihrer technologischen Überlegenheit nicht verhindern, dass auch Südvietnam kommunistisch wurde. Das amerikanische Superioritätsgefühl war grund-

74 Lundestad 1998.

75 Wagnleitner 1991.

76 Moore/Vaudagna 2003.

77 De Grazia 2010.

78 Lundestad 1990.

79 John F. Kennedy, Remarks in Phoenix at the 50th Anniversary Dinner Honoring Senator Hayde, 17. 11. 1961, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=8451&st=&st1=#axzz1QgJv73d8> (abgerufen 21. 4. 2011).

legend erschüttert. Das Vietnam-Trauma ist im kollektiven Bewusstsein der Amerikaner auch deshalb so tief verankert, weil es von schweren innen- und wirtschaftspolitischen Erschütterungen begleitet war, die im Rücktritt von Präsident Nixon im August 1974 ihren sichtbaren Tiefpunkt hatte. Diese innen- und außenpolitischen Doppelkrisen haben das imperiale Prestige der USA auch bei den Verbündeten für nahezu zwei Jahrzehnte beschädigt und Diskussionen über ein mögliches Ende des ‚American Century‘ ausgelöst, die sich aufgrund der internationalen Entwicklungen Ende der 1980er Jahre jedoch als vorschnell erwiesen.

11 Die ‚Neue Weltordnung‘ 1990–2000

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahre 1989 wurden die USA unbestreitbar zur einzigen Supermacht. Das zeigte sich bereits im Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten. Es war die Regierung George H. W. Bush, die die internationalen Rahmenbedingungen definierte und gegen alle Widerstände auch der Verbündeten Frankreich und Großbritannien durchsetzte. Für alle Welt sichtbar wurde diese neue Machtposition, als es der Regierung Bush gelang, zur Befreiung des im August 1990 von irakischen Truppen besetzten Kuwait eine internationale Koalition anzuführen. Der schnelle Sieg über die irakischen Truppen im Februar 1991 nach 100 Stunden Landkrieg war für die meisten Amerikaner ein entscheidender Schritt zur Überwindung des Vietnam-Traumas. Für den 41. Präsidenten war dies Anlass, im April 1991 vor heimkehrenden Truppen seine Vision von einer neuen Weltordnung zu präzisieren und insbesondere den Modellcharakter sowie den amerikanischen ‚exceptionalism‘ zu betonen:

“The new world order really is a tool for addressing a new world of possibilities. This order gains its mission and shape not just from the shared interests but from shared ideals. And the ideals that have spawned new freedom throughout the world have received their boldest and clearest expression in our great country, the United States. Never before has the world looked more to the American example. Never before have so many millions drawn hope from the American idea. And the reason is simple: Unlike any other nation in the world, as American we enjoy profound and mysterious bonds of affection and idealism.”

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung, so fügte er hinzu, habe universale Gültigkeit.⁸⁰ Die Betonung des amerikanischen ‚exceptionalism‘ und die Beanspruchung der globalen Führungsrolle sind auch Leit motive der Clinton-Administration. Präsident Clinton hat die USA wiederholt als alternativlosen Machtfaktor, als “indispensable nation”, cha-

80 George Bush, Remarks at Maxwell Air Force Base War College in Montgomery, Alabama, 13. 4. 1991, in: The American Presidency Project, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=19466-&st=&st1=#axzz1RAHUs6KE> (abgerufen 21. 4. 2011).

rakterisiert.⁸¹ Und zur Durchsetzung dieser Führungsrolle sei Washington bereit, militärische Mittel einzusetzen, erklärte Außenministerin Albright:

“[...] if we have to use force, it is because we are America, we are the indispensable nation. We stand tall and we see further than other countries into the future, and we see the danger here for all of us. I know that the American men and women are always prepared to sacrifice for freedom, democracy and the American way of life.”⁸²

Das Ende des Kalten Krieges und die Proklamierung der Unipolarität hatte im Bewusstsein der amerikanischen Bevölkerung das traditionelle Superioritätsgefühl noch intensiviert. Diese breite Grundstimmung wurde von Hollywood seismographisch erfasst und publikumswirksam verstärkt. Als Beispiel sei hier die Produktion *Independence Day* aus dem Jahre 1996 genannt. Als Aliens die Erde und deren Fortbestand existentiell bedrohen, übernehmen die USA die Führung zur Rettung der Welt; mehr noch: Der Präsident, ehemals Kampfpilot, will am amerikanischen Nationalfeiertag höchstpersönlich die Entscheidung erzwingen. Der Begriff ‚Menschheit‘ habe durch den Angriff aus dem All eine völlig neue Bedeutung erhalten, erklärt der Präsident, bevor er einen Kampfjet besteigt.

“We are reminded not of our petty differences but of our common interests. [...] Perhaps it’s fit that today, July the Fourth, we will once again fight for our freedom. Not from tyranny, persecution or oppression but from annihilation. We are fighting for our right to live, to exist. From this day on the fourth day of July will no longer be remembered as an American holiday but as the day that all of mankind declared we will not go quietly into the night. We will not vanish without a fight. We will live on. We will survive.”⁸³

Die Proklamierung des amerikanischen Nationalfeiertags zum Weltfeiertag symbolisiert die Universalität der amerikanischen Werte. In der unipolaren Weltordnung der 1990er Jahre stand es aus amerikanischer Perspektive außer Zweifel, dass die Rettung der Menschheit in den Händen der USA liegen musste. In einem Poster zum Army Earth Day ist dies beispielhaft visualisiert.

Generell wird man festhalten können, dass die Filmfabrik Hollywood in der Mehrzahl der Produktionen die Außenpolitik Washingtons unterstützt, wie die australische Historikerin Sally-Ann Totman für die vergangenen fünf Jahrzehnte herausgearbeitet und zugespitzt zusammengefasst hat. Sie diagnostiziert drei unausgesprochene ‚Regeln‘: “First, never let the facts get in the way of a good story. Second, only the good guys win. Third, the good guys are always Americans.”⁸⁴

81 Vgl. z. B. William J. Clinton, Remarks on International Security Issues at George Washington University, 5. 8. 1996, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=53161&st=indispensable+nation&st1=#axzz1tMNct8dJ>

82 Secretary of State Madeleine Albright, Interview on NBC-TV “The Today Show”, 19. 2. 1998, U.S. Department of State Archive, <http://secretary.state.gov/www/statements/1998/980219a.html> (abgerufen 21. 4. 2011).

83 Zitiert nach dem Skript, in: Screenplays for You, http://sfy.ru/?script=independence_day (abgerufen 10. 5. 2010).

84 Totman 2009, 161.

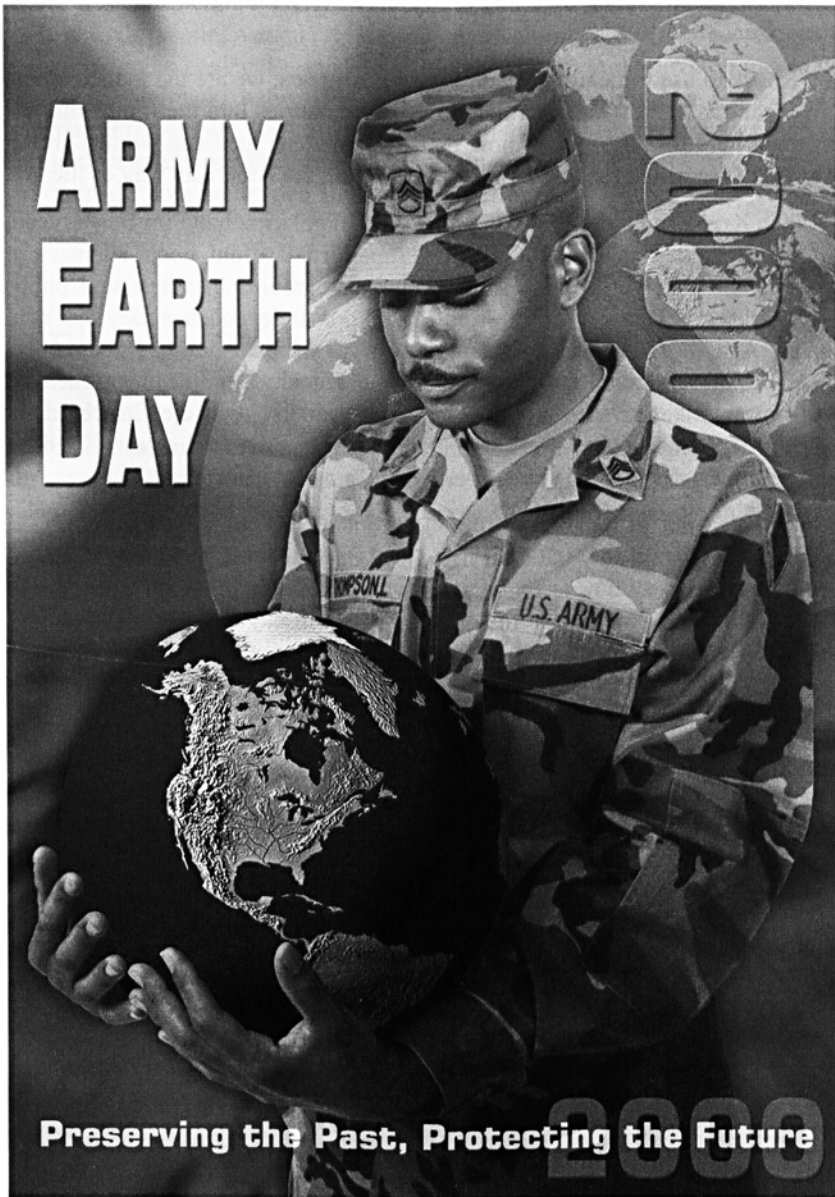


Abbildung 6: Poster zum Army Earth Day 2000.

12 Das grenzenlose Imperium zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Der 11. September 2001 markiert einen tiefen Einschnitt in der amerikanischen Außen- und Innenpolitik, das gilt in erster Linie in Bezug auf die Radikalität der globalen Durchsetzung Washingtoner Interessen und die Beschränkung von Bürgerrechten im Innern. Unmittelbar nach den Terroranschlägen war die Führung der USA zwar für einige Stunden zunächst gelähmt, doch nach der anfänglichen Schockstarre hat die Bush-Administration entschlossen gehandelt und von dem Rest der Welt Solidarität eingefordert. Aus der Opferrolle hat George W. Bush einen nahezu grenzenlosen Führungsanspruch abgeleitet. Der Präsident forderte im Kampf gegen den Terror globale Unterstützung ein und stellte die Regierungen der Welt ohne Umschweife vor die Alternative: "Either you are with us, or you are with the terrorists".⁸⁵

Das Misstrauen der Regierung Bush richtete sich vor allem gegen diejenigen Staaten, die im Verdacht standen, Terroristen zu unterstützen und die nicht bereit waren, sich einer „Verhaltenssteuerung“⁸⁶ durch die USA zu unterwerfen. Das galt nach dem 11. September 2001 insbesondere für die so genannte "Axis of Evil": Irak, Nordkorea und Iran sowie die in diesem Kontext genannten Staaten Syrien, Libyen und Kuba. Aus Sicht der Regierung Bush waren diese Staaten eine permanente Bedrohung der Sicherheit der USA.

Der Kampf gegen den Terrorismus führte zu einem grundsätzlichen Wandel in der amerikanischen Sicherheitsstrategie. In der Vergangenheit hätten die USA auf die im Kalten Krieg entwickelten Doktrinen Abschreckung und Eindämmung vertraut, argumentierte Bush. Diese Doktrinen seien durch die terroristische Bedrohung obsolet geworden. Die terroristische Bedrohung, so die Argumentation, erfordere präventives Handeln, das im Washingtoner Sprachgebrauch mit der weniger aggressiv wirkenden Bezeichnung "pre-emptive" umschrieben wurde. Der Terrorismus müsse offensiv bekämpft werden, so Präsident Bush im Juni 2002:

"If we wait for the threats to fully materialize, we will have waited too long. [...] The war on terror will not be won on the defensive. We must take the battle to the enemy, disrupt his plans, and confront the worst threats before they emerge [...] And our Security will require all Americans to be forward-looking and resolute, to be ready for preemptive action."⁸⁷

Die Option für einen Präventivschlag, Kernstück der so genannten Bush-Doktrin, war elementarer Bestandteil der im September 2002 veröffentlichten offiziellen Sicherheitsstrategie der USA.⁸⁸

85 George W. Bush, Address Before a Joint Session of Congress on the United States Response to the Terrorist Attacks of September 11, 20. 9. 2001, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=64731&st=with+us&st1=with+the+terrorists#axzz1PSnk6Eos> (abgerufen 21. 4. 2011).

86 So Kahl 2010, 206.

87 George W. Bush, Commencement Address at the United States Military Academy in West Point, New York, 1. 6. 2002, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=62730&st=&st1=#axzz-1IvT6GFgW> (abgerufen 15. 3. 2011).

88 The National Security Strategy of the United States of America, September 2002, http://www.monde-diplomatique.fr/IMG/pdf/strategy_of_the_usa-2.pdf (abgerufen 20. 2. 2011).

Diese Sicherheitspolitischen Überlegungen bildeten die Grundlage für den von der Regierung Bush in Gang gesetzten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak am 20. März 2003. Der Krieg implizierte eine Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik sowie eine massive Ausweitung der amerikanischen Militärpräsenz in der Golfregion und damit eine Expansion des amerikanischen Imperiums. Visuell unterstreicht dies das imperiale Gehabe des Präsidenten, der nach dem Sturz des irakischen Diktators seine Landung im Kampfjet auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln am 1. Mai 2003 unter dem Motto "Mission Accomplished" medienwirksam inszenieren ließ.⁸⁹

Die hemmungslose Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik durch die Bush-Administration und die unilaterale Politik haben deutlicher als jemals zuvor der Welt vor Augen geführt, dass die USA ein Imperium sind. Während sich ein Imperium, das sich zum großen Teil auf eine indirekt-informelle Einflussnahme stützt, sich dem Betrachter nicht als Imperium zu erkennen geben will – genau das ist die Intention eines Informal Empire –, ist die Herrschaftspolitik der Regierung Bush auch für jeden zeitgenössischen Beobachter als imperialistisch klar erkennbar. Ein Blick auf die Karte zur weltweiten Militärpräsenz genügt. Zugespißt formuliert: Es ist mithin ein ‚Verdienst‘ des 43. Präsidenten, dem Publikum vor Augen geführt zu haben, was Amerika seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer gewesen ist, ein Imperium.

Das belegt nicht zuletzt die seit dem Irak-Krieg in Gang gekommene Empire-Debatte. Nie zuvor in der amerikanischen Geschichte, hat die Frage, ob Amerika ein Imperium sei, nicht nur die ‚politische Klasse‘ der USA, sondern auch Publizistik und amerikanische Öffentlichkeit in einer derartigen Breite beschäftigt, weil die militärische Komponente den Sachverhalt im wahrsten Sinne des Wortes sichtbar macht. Das manifestiert sich etwa in Vergleichen mit dem Imperium Romanum. Amerika, das „neue Rom“.⁹⁰ Unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September war der Journalist Max Boot einer der ersten, der sich zu dem amerikanischen Imperium bekannte und eine dezidiert imperialistische Politik einforderte.⁹¹ Ähnlich argumentiert auch der Wirtschaftshistoriker und Journalist Niall Ferguson, der das amerikanische Imperium als Ordnungsfaktor für das internationale System als unabdingbar erachtete und in diesem Zusammenhang die Kriegserklärung gegen den Terrorismus begrüßte.⁹² Kritiker dieser Politik sprechen allerdings von einem „Imperium der Angst“.⁹³ Derart negative Konnotationen des Begriffs ‚Empire‘ haben die Angehörigen der Bush-Administration dazu bewogen, die Existenz eines amerikanischen Imperiums zu leugnen. "In all our victories, American soldiers have fought to liberate, not to conquer."⁹⁴

89 George W. Bush, Address to the Nation on Iraq From the USS Abraham Lincoln, 1. 5. 2003, in: APP, <http://www.presidency.ucs.edu/ws/index.php?pid=68675&st=&st1=#axzz1PzSVrpQD> (abgerufen 21. 4. 2011), Fotos in: George W. Bush Presidential Library, George W. Bush Administration White House Web Site, <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/president/gallery/photoessay/weekinreview/-20030426/19.html> (abgerufen 21. 4. 2011).

90 Bender 2003.

91 Boot 2001.

92 Ferguson 2004, 367.

93 Barber 2003.

94 George W. Bush, Proclamation 7681 – Prayer for Peace, Memorial Day, 2003, 22. 5. 2003, in: APP, <http://www.presidency.ucs.edu/ws/index.php?pid=61967&st=&st1=#axzz1PzSVrpQD> (abgerufen 21. 4. 2011).

Vor allem in den konservativen Medien wurde diese Lesart amerikanischer Hegemonie uneingeschränkt geteilt. So ist für den Radiomoderator Rush Limbaugh das amerikanische Militär nicht Herrschaftsinstrument sondern Befreiungsarmee. "We've liberated how many millions of people? We do not conquer". Er zitierte einen Zuhörer mit der Äußerung: "We're not Rome. We're not Greece. We don't enslave people. We don't conquer them. We liberate them." Ungeachtet dieser Freiheitsrhetorik betonte Limbaugh die Führungsrolle der USA, die er aus der Tatsache ableitete, dass Amerika einmalig sei, etwas „Besonderes“:

"What separates us from the rest of the world is a miracle that took place in Philadelphia. We have founding documents that enshrine the source of our freedom. We're all endowed by our creator with certain unalienable rights. Among these are life, liberty, and the purest of happiness. We happen to be the freest people in the history of the world and we see what free people can do with unlimited potential, ambition, desire, drive, whatever attribute I want to assign. We have run rings around the rest of the world in less than 250 years. We are a superpower like has never existed. We have outrun cultures, countries, societies that have been around thousands of years longer than we have, [...]"⁹⁵

Senator McCain legte im Wahlkampf 2008 ebenfalls ein emphatisches Bekenntnis zu diesem amerikanischen „exceptionalism“ ab: "I do believe in American exceptionalism. We are the only nation I know in the world that really is deeply concerned about adhering to the principle that all of us are created equal and endowed by our creators with certain rights, and those we have tried to bring to the world. And we have not so much militarily, but through example, through leadership, through economic assistance."⁹⁶

Zur Rechtfertigung der amerikanischen Kriegspolitik im Rahmen des „War on Terror“ hat Bush wiederholt historische Bezugspunkte bemüht. Dabei konnte er davon profitieren, dass die USA gegen Ende des 20. Jahrhunderts eine besonders aktive Erinnerungspolitik an den Zweiten Weltkrieg betrieben. Das gilt etwa für die 1997 in Washington zu Ehren von Franklin D. Roosevelt errichtete Gedenkstätte.⁹⁷ Die architektonische Umsetzung vom erfolgreichen Kampf gegen die Wirtschaftskrise und vom Sieg über die totalitären Staaten Deutschland und Japan werden viele Besucher auch als Aufforderung empfinden, an der von Roosevelt etablierten globalen Führungsrolle der USA unbedingt festzuhalten. Bezeichnenderweise ist den Kriegsjahren besonders breiter Raum gewidmet. Roosevelts bereits vor dem Kriegseintritt der USA verkündeten Four Freedoms werden optisch an das Kriegsende verlegt. Diese elementaren Rechte aller Amerikaner sind als Vermächtnis in den Granit gemeißelt.

Ein besonders prägnantes Beispiel und vorläufiger Höhepunkt der Erinnerungspolitik ist das im Jahre 2004 eingeweihte World War II Memorial.⁹⁸ Es ehrt alle Amerikaner, die im Zweiten Weltkrieg den Sieg der Alliierten über die Diktaturen in Europa und Asien ermög-

95 McCain and Obama Discuss the Idea of American Exceptionalism, 12. 9. 2008, http://img.rushlimbaugh.com/home/daily/site_091208/content/01125113.guest.html (abgerufen 21. 04. 2011).

96 Ebenda.

97 Weitere Informationen auf der Homepage des Franklin Delano Roosevelt Memorial: <http://www.nps.gov/frde/index.htm> (abgerufen 21. 4. 2011).

98 Weitere Informationen auf der Homepages des Memorials: <http://www.wwiimemorial.com> (abgerufen 21. 4. 2011).

lichten: Soldaten, Bürger an der Heimatfront, die amerikanische Nation insgesamt. Außerdem sollen die hohen moralischen Ziele und Ideale der Kriegsgeneration geehrt werden, die Freiheit und Demokratie verteidigt hat. Das Memorial wurde auf der zentralen Achse der National Mall in Washington errichtet. Die Architektur zeugt schon von den äußeren Abmessungen her von den globalen Dimensionen des amerikanischen Engagements im Weltkrieg und generell von der Größe Amerikas. Dies brachte ein deutscher Journalist zum Ausdruck, als er bereits vor der Vollendung des Memorials titelte: „Das neue Rom“.⁹⁹ Bei den Einweihungsfeierlichkeiten verneigte sich Bush vor all denjenigen, die die Freiheit Amerikas verteidigt und dafür gesorgt hatten, dass der American Way of Life sich als überlegen erweisen konnte: Diese Generation habe nicht nur Amerika gerettet, sondern der gesamten Menschheit einen Dienst erwiesen. „They saved our country, and thereby saved the liberty of mankind.“¹⁰⁰ Hinweise auf den Zweiten Weltkrieg und die „greatest generation“ gehörten zum Standardrepertoire in den Reden des 43. Präsidenten. Offensichtlich sollten durch die Erinnerung an den „good war“ die Methoden im Kampf gegen den Terror legitimiert werden. Dieser Bezug auf den Zweiten Weltkrieg hatte unmittelbar nach dem 11. September eingesetzt, als von einem zweiten Pearl Harbor gesprochen wurde. Als Feuerwehrmänner am Ground Zero die amerikanische Fahne aufzogen, war die auch visuelle Parallele zum Hissen der Fahne nach dem Sieg über die Japaner in Iwo Jima im Februar 1945 offenkundig.

Obama hatte sich im Wahlkampf 2008 als Anti-Bush präsentiert und „change“ versprochen. Für den Bereich der internationalen Beziehungen wurde dies als Absage an den Unilateralismus der Bush-Administration gewertet. Obama hat dann auch wiederholt Bekenntnisse zu internationaler Zusammenarbeit abgelegt. Im Gegensatz zu seinen konservativen Kritikern bemüht er sich, amerikanischen ‚exceptionalism‘ und internationale Zusammenarbeit zumindest sprachlich auf einen Nenner zu bringen. So etwa in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2011. So erklärte er zwar „The idea of America endures“, das Besondere Amerikas hat er aber nicht lautstark hinausposaunt.¹⁰¹ „This is Obama’s version of American exceptionalism“, so ein Kommentar in der New York Times, which is for him not the proud, in your-face doctrine announced by some political figures, but a quiet affirmation of resolution and an abiding faith in a future that can be won. Obama has managed to downsize a rhetoric that can often be bellicose and turn it into a statement that is almost, but not quite, modest. This is a voice of power that need not declare itself and is therefore all the more impressive.“¹⁰²

Den Machtanspruch Amerikas hat Obama aber keineswegs aufgegeben. Das zeigen nicht zuletzt die zahlreichen Statements zur Führungsrolle Amerikas, „leadership“ ist das Schlüsselwort. Unlängst hat der Präsident mit Hinweis auf die Intervention in Libyen deutlich gemacht, dass der hier implizierte Kooperationsgedanke auch im materiellen Interesse

99 Hamerla 2003.

100 George W. Bush, Remarks at the Dedication of the National World War II Memorial, 29. 5. 2004, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=72638&st=&st1=#axzzlQgJv73d8> (abgerufen 20. 5. 2011).

101 Barack Obama, Address Before a Joint Session of Congress on the State of the Union, 25. 1. 2011, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=88928&st=&st1=#axzzlQsktHPBP> (abgerufen 1. 4. 2011).

102 Fish 2011.

der USA sei. "American leadership is not simply a matter of going it alone and bearing all of the burden ourselves. Real leadership creates the conditions and coalitions for others to step up as well: to work with allies and partners so that they bear their share of the burden and pay their share of the costs; and to see that the principle of justice and human dignity are upheld by all."¹⁰³ Noch pointierter hat Verteidigungsminister Gates in einem Vortrag in Brüssel die NATO-Partner aufgefordert, zur Verteidigung der westlichen Werte einen größeren auch finanziellen Beitrag zu leisten und in diesem Zusammenhang den Stellenwert transatlantischer Kooperation betont.¹⁰⁴ Hinweise auf das kollektive Handeln im Kampf gegen den Terror, haben aber auch die Obama-Administration nicht davon abgehalten, für die USA das Recht auf unilaterales Handeln zu postulieren. So erklärte der Präsident nach der Tötung Bin Ladens:

"[...] tonight, we are once again reminded that America can do whatever we set our minds to. That is the story of our history, whether it is the pursuit of prosperity for our people, or the struggle for equality for all our citizens, our commitment to stand up for our values abroad and our sacrifice to make the world a safer place. Let us remember that we can do these things not just because of wealth or power, but because of who we are: one nation, under God, indivisible, with liberty and justice for all."¹⁰⁵

Obama steht stärker als von ihm im Wahlkampf 2008 angekündigt in der Kontinuität der Bush-Administration und generell in der imperialistischen Expansion. Unlängst hat er sich selber zu dieser Kontinuität bekannt. So hat er sich bei der Kommentierung seiner in Reaktion auf die vom Iran ausgehende potentielle nukleare Gefahr entwickelten Doppelstrategie aus Diplomatie und Kriegsandrohung ausdrücklich auf Theodore Roosevelt berufen.

"For the sake of Israel's security, America's security, and the peace and security of the world, now is not the time for bluster. Now is the time to let our increased pressure sink in, and to sustain the broad international coalition we have built. Now is the time to heed the timeless advice from Teddy Roosevelt: Speak softly; carry a big stick."¹⁰⁶

103 Barack Obama, Address to the Nation on the Situation in Libya, 28. 03. 2011, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=90195&st=&st1=#axzzlQmfNdRK4> (abgerufen 1. 4. 2011).

104 The Security and Defense Agenda (Future of NATO), 10. 6. 2011, <http://www.defense.gov/speeches/speech.aspx?speechid=1581> (abgerufen 1. 7. 2011).

105 Barack Obama, Remarks on the Death of Al Qaida Terrorist Organization Leader Usama bin Laden, 1. 5. 2011, in: APP, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/index.php?pid=90315&st=&st1=#axzzl-QsktHPBP> (abgerufen 15. 5. 2011).

106 Remarks by the President at AIPAC Policy Conference, 4. März 2012, <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/03/04/remarks-president-aipac-policy-conference-0> (Abruf 04. 03. 2012)

13 Bilanz: Die Amerikanisierung der Welt.

Das amerikanische Imperium in vergleichender Perspektive

Expansion ist das Leitmotiv der amerikanischen Außenpolitik, wie an einigen historischen Beispielen aufgezeigt wurde. Im Rahmen der aus ideologischen, politisch-strategischen und wirtschaftlichen Motiven vorangebrachten Expansion über die kontinentalen Grenzen hinaus haben die USA seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert eine imperialistische Politik betrieben. Mit dem spanisch-amerikanischen Krieg von 1898 hatten sich auch geographische Schwerpunkte des amerikanischen Imperiums herausgebildet. Die Karibik sowie Inseln und Inselgruppen im Pazifik. Der britische Journalist William Stead hat unter dem Eindruck dieser Entwicklung im Jahre 1902 die Amerikanisierung der Welt prognostiziert.¹⁰⁷ Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörten die USA unbestreitbar zu den führenden Mächten. Hinter diesen Status ist das amerikanische Imperium nicht mehr zurückgefallen. Während des Ersten Weltkrieges, dessen Ausgang durch die USA entschieden wurde, hat Washington versucht, die amerikanischen Ordnungsvorstellungen zu globalisieren. Präsident Wilson hat dieses Ziel jedoch nicht durchsetzen können. Die von einem isolationistischen Impuls der öffentlichen Meinung geprägte Außenpolitik der 1920er und 1930er Jahre ist allerdings kein Rückzug aus der Weltpolitik. Das globale ökonomische Engagement und dessen politische Implikationen zeigen dies. Diese beiden Jahrzehnte sind daher als Inkubationsphase für den Griff nach der globalen Dominanz der USA zu sehen. Der Zweite Weltkrieg hat dann die politisch-strategische und wirtschaftliche Macht der USA für Jeden sichtbar gemacht.

Der nicht erwartete Aufstieg der Sowjetunion zur Großmacht hat zwar das Roosevelt'sche Konzept der ‚One World‘ zunächst blockiert; die USA haben ihren globalen Führungsanspruch aber nicht aufgegeben. Ungeachtet der bis 1989 andauernden Teilung der Welt haben die USA ihre imperialen Einflüsse im globalen Maßstab ausdehnen können. Drei Imperien wurden von den USA ‚beerb‘t. Das britische Imperium wurde zum Juniorpartner der USA. Das nationalsozialistische Gewaltimperium und das japanische Gewaltimperium wurden militärisch und territorial zerschlagen, ihre Kerne erfolgreich wirtschaftlich wieder aufgebaut und demokratisiert. Durch eine Kombination indirekt-informeller und direkter Einflussnahme sicherten sich die USA mithin die Dominanz in drei wichtigen Regionen der Welt: In Westeuropa, in Japan und Teilen Südostasiens sowie in Lateinamerika.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion waren die USA die einzige verbliebene Supermacht, die vielen Zeitgenossen als Garant einer neuen Weltordnung erschien. Die Hoffnungen auf eine neue Weltordnung haben sich nicht zuletzt angesichts terroristischer Bedrohung zwar nicht erfüllt, die Dominanz der USA im internationalen System ist davon im Kern allerdings zunächst nicht berührt. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Deutschland, John Kornblum, und der Journalist Dieter Kronzucker haben diese Machtposition in vergleichender Perspektive noch einmal prägnant auf den Punkt gebracht:

107 Stead 1902.

„Vor mehr als 80 Jahren erklärte der Publizist Henry Luce das 20. Jahrhundert zum amerikanischen Jahrhundert, und das sollte sich bewahrheiten. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte hat eine Nation eine derartige Macht und einen derartigen Einfluss ausgeübt, wie die Vereinigten Staaten in den vergangenen 80 Jahren. Seit den Tagen des Römischen Reiches hat keine Kultur und Gesellschaft eines einzigen Volkes das Leben auf unserem Planeten stärker bestimmt. Kein anderes Land kann Amerikas Einfluss ignorieren, wenn es seine eigenen Ziele und Zwecke erfolgreich bestimmen will.“¹⁰⁸

Diese Machtstellung hat Washington in die Lage versetzt, über andere Staaten eine zumindest indirekt-informelle Hegemonie zu etablieren. Allerdings haben sich sowohl die amerikanischen Führungseliten von Wirtschaft und Politik als auch die amerikanische Öffentlichkeit immer wieder dagegen gewehrt, diese Herrschaftsmechanismen als Imperium zu bezeichnen. In ihrem Selbstverständnis will die erdrückende Mehrheit der Amerikaner in der Washingtoner Außen- und Hegemonialpolitik keine imperialen Züge erkennen, weil diese im Wertekanon der amerikanischen Demokratie nicht vorgesehen sind. Insofern ist dem eingangs zitierten Charles Maier zuzustimmen:

“The idea that their country was, or might become, an empire is still repelled, and, what is even more fundamental, struck Americans as intuitively at odds with their institutions and community.”¹⁰⁹

Es liegt auf der Linie der Leugnung einer imperialen Politik, wenn Henry Kissinger sich unlängst zu der Behauptung verstieg, den USA wäre der Aufstieg zur Weltmacht im 20. Jahrhundert quasi zugefallen: “Conflict is not inherent in a nation’s rise. The United States in the 20th century is an example of a state achieving eminence without conflict with the then-dominant countries.”¹¹⁰ Hier wird der Eindruck erweckt, als befänden sich die USA auf einer ständigen Friedensmission. Die Fakten der amerikanischen Geschichte widerlegen dies. Zur Durchsetzung ihrer imperialen Interessen haben die USA als ultima ratio immer wieder auf das Mittel der bewaffneten Intervention zurückgegriffen.

Die Leugnung eines amerikanischen Imperiums ist sicher auch damit zu erklären, dass sich dieses Imperium von anderen Imperien konzeptionell grundlegend unterscheidet. Denn es war und ist nicht das Ziel der Washingtoner Regierungen, großflächige Territorien dauerhaft physisch zu beherrschen und sich mit Flächenkolonien zu belasten. Insofern ist das von Herfried Münkler formulierte Empire-Kriterium „beachtliches Herrschaftsgebiet“ auf die USA nicht anwendbar und somit als generelles Kriterium in Frage zu stellen.¹¹¹ Aus ihrer subjektiven Perspektive glauben viele Amerikaner unter Berufung auf ihre antikoloniale Tradition die USA sogar als anti-imperialistische Macht verstehen zu können, wenn Begriffe wie Imperialismus und Kolonialismus gleichgesetzt werden. Inhaltliche Bezugspunkte ergeben sich daher allenfalls im Vergleich mit dem britischen Empire bei der Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik, weil sich das Prinzip der Offenen Tür am britischen Freihandelsimperialismus orientiert. Und die in den letzten Jahren vermehrt artikulierten

108 Kornblum/Kronzucker 2009, 9.

109 Maier 2006, 295.

110 Kissinger 2011.

111 Münkler 2005, 23. (Hervorhebung Schröder).

Vergleiche mit dem Römischen Reich taugen allenfalls dazu, die beispiellose Machtfülle der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu verdeutlichen.

Wie konnte das amerikanische Imperium eine derartige beispiellose Machtfülle erlangen? Ein Vergleich mit den auf der Hildesheimer Tagung behandelten Imperien verdeutlicht die Singularität des amerikanischen Imperiums. Einzelne Charakteristika des amerikanischen Imperiums – wie etwa Seemacht oder Handelsmacht – mögen Parallelen zu anderen Imperien aufweisen. Die dem amerikanischen Imperium zugrunde liegenden Faktoren haben sich im Laufe des 20. Jahrhunderts in ihrer Summierung aber zu der erwähnten Singularität verdichtet. Die Bildung des Imperiums ist zunächst geopolitisch begünstigt: maximale Sicherheit durch die Ozeane in Ost und West, auf Kooperation mit den USA angewiesene Nachbarn in Nord und Süd. Hinzu kommen die Größe des Wirtschaftsraums und der Reichtum an Rohstoffen. Sie waren die Grundlage einer dynamischen ökonomischen Entwicklung, die durch die Einwanderung auch qualifizierter Arbeitskräfte mit der Perspektive auf die amerikanische Staatsbürgerschaft vorangetrieben. Innerhalb weniger Jahrzehnte wurden die USA zur führenden Wirtschaftsmacht der Welt. Diese Führungsposition wurde auf allen Gebieten ausgebaut. Steigerung der Produktivität, Intensivierung von Innovationen, effektives Management. Im Zweiten Weltkrieg zeigten die USA eindrucksvoll, wie schnell sie in der Lage waren, ihre ökonomischen Ressourcen zu mobilisieren und in außenpolitische Macht zu transformieren, und diese war und ist zumindest formal demokratisch legitimiert. Diese Faktoren erklären die Machtfülle, die bisher von anderen Staaten weder in ökonomischer, kulturpolitischer (man denke nur an die Dominanz der englischen Sprache) oder militärischer Hinsicht erreicht wurde. Sichtbar ist diese Machtfülle vor allem in der (in Abbildung 7 visualisierten) globalen militärischen Präsenz der USA in über 160 Ländern.¹¹²

112 Die Karte basiert auf den offiziellen Angaben des amerikanischen Verteidigungsministeriums über die Truppenstärke der vier Teilstreitkräfte einschließlich der zum Schutz von Auslandsvertretungen abgeordneten Soldaten. Hinzu kommt die Beteiligung von Einheiten der Nationalgarde an Sondereinsätzen wie Operation New Dawn (Afghanistan) und Operation Enduring Freedom (Irak/Kuwait) und das Personal für Geheimoperationen der CIA sowie die für die US-Regierung tätigen privaten Sicherheitsdienste. Die 28.500 in Südkorea stationierten Soldaten sind in der regional nicht zugeordneten Reserve enthalten; damit beträgt die militärische Präsenz in der Region Ostasien/Pazifik insgesamt 79.650. Die Zahlenangaben über amerikanische Stützpunkte außerhalb der USA und seiner Territorien schwanken zwischen 600 und 1.000. Der offensichtlich nicht vollständige "Department of Defense Base Structure Report" verzeichnet für das Haushaltsjahr 2011 insgesamt 611 Stützpunkte in 39 Ländern. Im Präsidentschaftswahlkampf 2011/12 kreiste die öffentliche Debatte um die Zahl 900. Mit der Zunahme amerikanischer Geheimoperationen wird es noch schwieriger, annähernd realistische Zahlen zu ermitteln. Vgl. auch die Übersicht: Die neuen Grenzen des Imperiums, in: Atlas der Globalisierung 2007, 62–63.

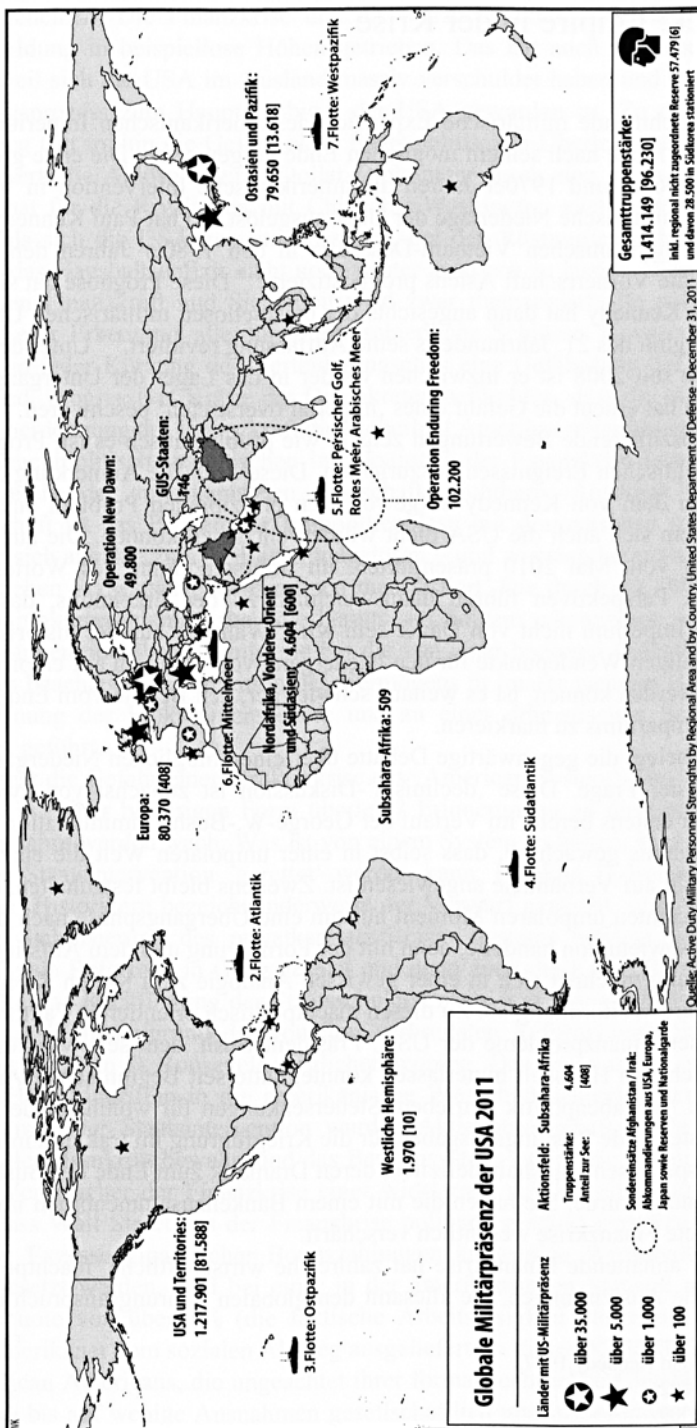


Abbildung 7: Globale Militärpräsenz der USA 2011

14 Ausblick: Empire in der Krise

Die ständig zunehmende militärische Expansion des amerikanischen Imperiums hat wiederholt auch die Frage nach seinem möglichen Ende aufgeworfen. Die erste große Debatte haben in den 1960er und 1970er Jahren die amerikanische Intervention in Vietnam und namentlich die militärische Niederlage der USA ausgelöst. So hat Paul Kennedy unter dem Eindruck des amerikanischen Vietnam-Desasters in den 1980er Jahren den Niedergang Amerikas und die Vorherrschaft Asiens prognostiziert.¹¹³ Diese Prognose hat sich zunächst nicht bestätigt. Kennedy hat dann angesichts der beispiellosen militärischen Überlegenheit der USA zu Beginn des 21. Jahrhunderts seine Auffassung revidiert.¹¹⁴ Unter dem Eindruck der Finanzkrise seit 2008 ist er inzwischen wieder in das Lager der Untergangspropheten gewechselt und hat erneut die Gefahr eines ‚imperial overstretch‘ beschworen.¹¹⁵

Kennedys oszillierende Bewertungen zeigen, wie problematisch es ist, Prognosen allzu eng an tagespolitischen Ereignissen auszurichten. Diese kritische Anmerkung ändert allerdings nichts an dem von Kennedy aufgeworfenen prinzipiellen Problem eines ‚imperial overstretch‘, dem sich auch die USA nicht würden entziehen können. Die auf der Hildesheimer Tagung vom Mai 2010 präsentierten, im wahrsten Sinne des Wortes universalgeschichtlichen Perspektiven führen unausweichlich zu der Erkenntnis, dass auch das amerikanische Imperium nicht von Dauer sein wird. Während aus der historischen Rückschau die jeweiligen Wendepunkte für den Niedergang von Imperien auf empirischer Basis diagnostiziert werden können, ist es weitaus schwieriger, den Beginn vom Ende eines noch existierenden Imperiums zu markieren.

Allerdings belegt die gegenwärtige Debatte über einen möglichen Niedergang der USA die Aktualität der Frage. Diese ‚declinism‘-Diskussion ist zunächst von zwei Faktoren geprägt: So war erstens bereits im Verlauf der George-W.-Bush-Administration auch in den USA die Erkenntnis gewachsen, dass selbst in einer unipolaren Welt die einzige verbliebene Supermacht auf Verbündete angewiesen ist. Zweitens bleibt festzuhalten, dass es sich bei dem so genannten unipolaren Moment nur um eine Übergangsphase nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion handelte, denn mit der Formierung und dem Aufstieg des chinesischen Imperiums zeichnet sich in einer gewissen Analogie zum Kalten Krieg eine neue, zunächst bipolare Weltordnung ab. Zu diesen machtpolitisch orientierten Faktoren kommen die dramatischen Finanzprobleme der USA. Präsident Bush, dem sein Vorgänger Clinton einen ausgeglichenen Haushalt hinterlassen konnte, hatte seit Beginn seiner Amtszeit eine hemmungslose Ausgabenpolitik betrieben. Steuersenkungen für wohlhabende Amerikaner und drastisch steigende Rüstungsausgaben für die Kriegführung im Irak und in Afghanistan führten zu beispiellosen Haushaltsdefiziten, deren Dramatik zum Ende der Bush-Administration offenkundig wurde. Sie haben die mit einem Bankenzusammenbruch im September 2008 eingeleitete Finanzkrise wesentlich verschärft.

Die seither anhaltende Finanzkrise hat zahlreiche wirtschaftliche, machtpolitische und auch moralische Auswirkungen, die allesamt den globalen Führungsanspruch der USA zu

113 Vgl. vor allem Kennedy 1987.

114 Kennedy 2002.

115 Kennedy 2009.

relativieren scheinen. Die Finanzkrise und die Versuche ihrer Überwindung haben die Staatsverschuldung in beispiellose Höhen getrieben. Das hat auch machtpolitische Konsequenzen, weil sich die USA im Ausland massiv verschuldet haben und China in diesem Verschuldungsprozess zum Hauptgläubiger der USA geworden ist. Zu dem machtpolitischen Aufstieg tritt mithin die Gefahr einer finanzpolitischen Überlegenheit Chinas; zugespitzt formuliert: die Ablösung einer Dollar-Diplomatie durch eine Yuan-Diplomatie. Die Finanzkrise hat für die Rivalitäten mit China für Washington auch insofern strategische Bedeutung, als sich die USA gezwungen sehen, bei den Rüstungsausgaben Abstriche zu machen, um das Haushaltsdefizit nicht noch weiter ausufern zu lassen. Dieser Zusammenhang zwischen Finanzkraft und Sicherheit wird zwar thematisiert, die politischen Lager ziehen aus dieser Erkenntnis allerdings unterschiedliche Schlüsse. Konservative Republikaner sehen in jeder Kürzung des Verteidigungsetats eine Gefährdung der Sicherheit der USA, während ‚progressive‘ Kräfte der Demokraten befürchten, dass die rüstungspolitisch motivierte Überdehnung der Finanzkraft die Sicherheit Amerikas unterminiere.

Zu den machtpolitisch-strategischen Implikationen der Finanzkrise kommen Gefahren für alle Bereiche der amerikanischen Wirtschaft. Sichtbarer Ausdruck der Krise der Binnenwirtschaft ist das Platzen der Immobilienblase mit dramatischen sozialen Konsequenzen, die sich aus den zum Teil hemmungslosen – und wie sich herausstellt auch rechtlich bedenklichen – Zwangsversteigerungen manifestiert. Die durch die Bankenkrise ausgelösten Konjunkturprobleme haben die bereits seit langem erkennbaren wirtschaftlichen Fehlentwicklungen noch beschleunigt. So hat die von einer breiteren Öffentlichkeit bis vor kurzem kaum beachtete Konzentration des Vermögens in immer weniger Händen zu einer weiteren Öffnung der Einkommensschere und zu einer dramatischen Schwächung des Mittelstandes geführt.

Hier besteht die Gefahr einer Strukturkrise des ‚American System‘. Hat sich der Privatkapitalismus in seiner bisherigen Form überlebt? Erinnerungen an die Große Depression der dreißiger Jahre werden wach. Was ist von einem System zu halten, dass wiederholt nur mit massiver Staatsintervention ‚gerettet‘ werden kann. Franklin D. Roosevelt wird von links-liberalen Historikern bezeichnenderweise der Vorwurf gemacht, sein New Deal habe letztlich die Stabilisierung des privatkapitalistischen Systems bewirkt. Immerhin hatte Roosevelt soziale Reformen in Gang gesetzt und dann auch die Kriegsfinanzierung derart gestaltet, dass eine Rückführung der Staatsschulden nach dem Krieg möglich war. Obama ist nach seiner Wahl aufgrund der von ihm verbreiteten Reformversprechen (Stichwort ‚change‘) mit Franklin D. Roosevelt verglichen worden. Das war voreilig, wie sich zeigt. Vor strukturellen Eingriffen in die amerikanische Wirtschaft schreckte der 44. Präsident zurück. Mit massiver Staatsintervention wurden Aktiengesellschaften (Beispiel General Motors) vor dem Bankrott bewahrt und das Bankensystem kurzfristig stabilisiert, ohne die Banken als Verursacher der Finanzkrise einer wirksamen politischen Kontrolle zu unterwerfen, so dass Wall Street aus der Finanzkrise politisch gestärkt hervorzugehen scheint. Während die Exzesse gigantischer Bonuszahlungen an wenige Wirtschaftsführer ungehindert fortgesetzt werden, sind bei einer in der amerikanischen Statistik ausgewiesenen Arbeitslosenquote von über 8% (die faktische Arbeitslosigkeit dürfte noch höher sein) Millionen Amerikaner dem sozialen Abstieg ausgeliefert. In diesen Kontext gehört auch die Lage der African Americans, die ungeachtet ihrer formal-rechtlichen Gleichheit zum ‚weißen‘ Amerika bis auf wenige Ausnahmen gesellschaftlich und insbesondere sozial deklas-

siert sind. „Eine rassistisch segregierte Gesellschaft kann keine egalitäre Gesellschaft sein.“¹¹⁶ Die genannten Krisensymptome deuten auf einen Machtverlust der USA im internationalen System. Das wird inzwischen auch aus amerikanischer Perspektive so gesehen. Die erwähnte ‚declinism‘-Debatte unterstreicht dies. Ist damit bereits das Ende des amerikanischen Imperiums eingeleitet? Vor Beantwortung dieser Frage gilt es, den erwähnten Defiziten die unbestreitbaren Stärken der USA gegenüberzustellen.

Ungeachtet einer Reduzierung der Rüstungsausgaben sind die USA weiterhin eine militärische Supermacht. Kein anderes Land wendet so viel für die Rüstung auf wie die USA: über 700 Milliarden Dollar (4,7% des Bruttoinlandsprodukts) im Jahr 2011. Das ist mehr als die Summe der Militärausgaben der 17 nachfolgenden Staaten.¹¹⁷ Die haushaltsbedingte, bisher allerdings nur geringe Reduzierung der Militärausgaben wird durch die Umstrukturierung und Modernisierung der Streitkräfte weitgehend ausgeglichen. Hervorzuheben sind die Erhöhung der Zahl der Flugzeugträger, die eine militärische Präsenz der USA auf allen Weltmeeren ermöglichen, und technologische Innovationen in der Luftkriegführung wie der Einsatz unbemannter Drohnen. Die globale Reichweite der amerikanischen Militärmacht ist auf absehbare Zeit nicht in Frage gestellt.

Auch das wirtschaftliche Potential der USA ist beeindruckend. Die USA sind mit großem Abstand zu anderen Staaten die größte Volkswirtschaft der Welt. Das Pro-Kopf Einkommen der USA ist größer als das Chinas, Indiens, Russlands und Brasiliens zusammen. Hier wird deutlich, dass die USA auf absehbare Zeit in der Weltwirtschaft der dominierende Faktor bleiben werden. Das spiegelt sich nicht zuletzt in der Bereitschaft ausländischer Investoren wieder, trotz niedriger Zinsen amerikanische Staatsanleihen zu kaufen. Das Führungsmonopol des US Dollars ist zwar geschwächt, bisher sind jedoch alle Versuche, ihm den Status als Leitwährung zu nehmen, gescheitert.

Zu den statistisch messbaren Faktoren kommen die subjektiven Einschätzungen und Handlungen der amerikanischen Führungseliten. Sie haben ihre imperialen Ansprüche keinesfalls aufgegeben. Der Kampf gegen den Terror ist im 21. Jahrhundert zur alles überwölbenden Rechtfertigung auch imperialer Ziele geworden. Dabei sind die USA offenbar entschlossen, sich auch über völkerrechtliche Normen hinwegzusetzen. Das betrifft den Einsatz von unbemannten Drohnen zur Tötung terrorverdächtiger Personen einschließlich amerikanischer Staatsbürger. Das hat globale Implikationen, weil die USA nach wie vor in der Lage sind, an jedem Ort der Erde zumindest aus der Luft zu intervenieren.

Die von Präsident Obama trotz gegenteiliger Bekundungen fortgesetzte imperiale Politik stößt allerdings in dem Maße auf Widerstand, in dem sich neue Kraftzentren herausbilden und festigen, die im Gegensatz zur Europäischen Union und Japans nicht bereit sind, sich den sicherheitspolitischen Vorgaben der USA unterzuordnen. Zu nennen sind China und Brasilien, sowie die Bestrebungen Moskaus zur Wiederherstellung einer russischen Machtposition. Dass die USA entschlossen sind, diesen machtpolitischen Herausforderungen zu begegnen, zeigt die unlängst initiierte strategische Neuausrichtung der Washingtoner Militärpräsenz im asiatisch-pazifischen Raum. Unter dem Gesichtspunkt einer ‚klassischen‘

116 Finzsch 2011, 190.

117 The SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) Military Spending Data Base, www.sipri.org/databases/milex (abgerufen 18. 4. 2012).

Mächterivalität spricht zunächst viel dafür, dass sich die USA auch im 21. Jahrhundert als ein Imperium neben anderen Imperien werden behaupten können.

Allerdings sind für das amerikanische Imperium einschneidende – zum Teil bereits eingeleitete – Veränderungen zu erwarten. Das gilt einmal für die von George W. Bush intensivierte Militarisierung der amerikanischen Außenpolitik. Im Verlauf dieser Entwicklung haben sich die Möglichkeiten der USA zur indirekt-informellen Einflussnahme, die in der Vergangenheit ein wesentliches Element des amerikanischen Imperialismus war, bereits reduziert. Der exzessive Einsatz von Hard Power hat die Wirkung von Soft Power stark relativiert. Zu den unlängst von Francis Shor besonders betonten zunehmenden Widerständen gegen die amerikanische Hegemonialpolitik¹¹⁸ etwa in Lateinamerika und in der arabischen Welt kommt ein genereller Prestigeverlust der USA.

In vielen Regionen der Welt ist der Vorbildcharakter der USA Vergangenheit. Dies hat auch damit zu tun, dass das Modell Amerika zunehmend auch in den USA selber in Frage gestellt wird. Das gilt für die Wirtschaft wie für die Freiheiten des Individuums. Die Finanzkrise seit 2008 ist längst zu einer Krise des privatkapitalistischen Systems geworden, wie es die USA in der Vergangenheit praktiziert und propagiert haben. Selbst in den USA wird zunehmend beklagt, dass der ‚amerikanische Traum‘ zu einer Leerformel verkommen sei. Zu den schlechten wirtschaftlichen Perspektiven und ihren sozialen Folgen kommen Einschränkungen von individuellen Freiheiten und Bürgerrechten, die mit dem weltweiten Kampf gegen den Terror begründet werden. Im Kern geht es um die wachsende Diskrepanz zwischen imperialer Expansion nach außen und der Bewahrung republikanischer Werte im Innern. Darauf haben bereits Ende des 19. Jahrhunderts die eingangs erwähnten Kritiker des spanisch-amerikanischen Krieges verwiesen. Die aus der Expansion über die Grenzen hinaus resultierenden Gefahren für das demokratische Gemeinwesen haben seit den 1960er Jahren Historiker der so genannten New Left wiederholt thematisiert und eine Umorientierung der imperialen Außenpolitik zugunsten einer Priorität innerer Reformen postuliert. „Empire as way of Life“ werde langfristig in die Katastrophe führen.¹¹⁹ Für die Führungseliten von Wirtschaft und Politik wird jedoch bis zur Gegenwart eine angeblich unauflösliche Interdependenz von imperialer Expansion nach außen und privatkapitalistischer Ordnung im Innern gesehen. Das ‚American System‘ könne nur bestehen, wenn der Absatz amerikanischer Exporte und der Import von Rohstoffen – Öl ist das markanteste Beispiel – gesichert seien.

Eine am sichtbaren diplomatischen Geschehen orientierte Betrachtung mag zu dem Schluss kommen, dass sich bislang kein Szenario abzeichne, „in dem ein ungebremsster Expansionismus oder interne Zerwürfnisse das amerikanische Imperium in seinen Untergang treiben“. Das „amerikanische Imperium und die amerikanische Demokratie“, so argumentierte unlängst Floris Biskamp, hätten sich „so gut aufeinander abgestimmt, dass sich ihre negativen Wechselwirkungen zwar zeigen, die von ihnen verursachten Dynamiken sich aber in Grenzen halten“.¹²⁰ Bisher, wird man hinzufügen müssen. Angesichts der skizzierten Probleme werden sich die strukturellen Widersprüche des amerikanischen Imperiums verschärfen. Es zeichnet sich ab, dass die in der Unabhängigkeitserklärung proklamierten

118 Shor, 2010.

119 Williams 1980, 213.

120 Biskamp 2010, 138.

“unalienable Rights” wie “Life, Liberty and the pursuit of Happiness” in Zukunft nur noch für eine Minderheit von Amerikanern Realität sein werden. Das amerikanische Imperium wird an seinen inneren Spannungen zerbrechen. Natürlich kann niemand eine halbwegs realistische zeitliche Perspektive nennen. Doch ungeachtet aller Warnungen, dass es zu früh sei, Amerika „abzuschreiben“¹²¹, bleibt festzuhalten. Das amerikanische Imperium hat seinen Zenit hinter sich.

121 Bremmer 2011.

Bibliographie und Verzeichnis der Abbildungen

1 Literatur und Quellenpublikationen

Atlas der Globalisierung, Berlin 2007.

Benjamin R. Barber, *Fear's Empire. Terrorism, War and Democracy*, New York 2003, deutsch: *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München 2003.

Daniel Bax, Marshallplan für Nordafrika, in: *taz.die tageszeitung*, 16. 2. 2011.

Samuel Flagg Bemis, *A Short History of American Foreign Policy and Diplomacy*, New York 1959.

Peter Bender, *Weltmacht Amerika. Das neue Rom*, Stuttgart 2003.

Volker Berghahn, Industriegesellschaft und Kulturtransfer. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 20. Jahrhundert (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 182), Göttingen 2010.

Floris Biskamp, *Die Dramaturgie demokratischer Imperien. Über das Verhältnis von Imperialität und Demokratie in der Debatte um das American Empire (Politische Kulturforschung 4)*, Frankfurt/Main 2010.

Max Boot, The Case for American Empire, in: *The Weekly Standard* 7 (2001), Nr. 5, 15. 10. 2001, 3–12.

Herbert von Borch, Die Bombe als Demonstration der Macht. Neue Arbeiten zur Vorgeschichte der Nuklearpolitik, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17./18. 07. 1976.

Ian Bremmer, Far too soon to write off America, in: *Financial Times*, 27. 12. 2011.

J. Reuben Clark, Memorandum on the Monroe Doctrine, December 17, 1928, Washington/DC 1930.

Nicholas J. Cull, *The Cold War and the United States Information Agency. American Propaganda and Public Diplomacy, 1945–1989*, Cambridge 2008.

Robert B. Edgerton, "Remember the Main. To Hell with Spain" – America's Adventure in Imperialism, Lewiston/NY 2005.

Niall Ferguson, *Das verleugnete Imperium. Chance und Risiken amerikanischer Macht*, München 2004.

Norbert Finzsch, Krise und ‚Rasse‘: Wie Hypersegregation strukturellen Rassismus erzeugt, in: Andreas Etges/Winfried Fluck (Hrsg.), *American Dream? Eine Weltmacht in der Krise*, Frankfurt 2011, 177–194.

Stanley Fish, Language of the Union, in: *New York Times*, 26. 1. 2011.

Martin Gilbert (Hrsg.), *The Dent Atlas of American History*, 3. Auflage, London 1993.

Victoria de Grazia, *Das unwiderstehliche Imperium. Amerikas Siegeszug im Europa des 20. Jahrhunderts (Transatlantische Historische Studien 41)*, Stuttgart 2010.

Michael Hamerla, Das neue Rom. Zwei Jahre nach dem Attentat vom 11. September, in: *Rheinische Post*, 11. 9. 2003.

Robert E. Hannigan, *The New World Power. American Foreign Policy, 1898–1917*, Philadelphia/PA 2002.

Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire. Die Neue Weltordnung*, Frankfurt/Main 2002.

Richard H. Immerman, *Empire for Liberty. A History of American Imperialism from Benjamin Franklin to Paul Wolfowitz*, Princeton/NJ – Oxford 2010.

Martin Kahl, Preventive War? Der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, in: Söhnke Schreyer/Jürgen Wilzewski, *Weltmacht in der Krise. Die USA am Ende der Ära George W. Bush (Atlantische Texte 35)*, Trier 2010, 185–217.

Paul Kennedy, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2020*, New York 1987.

—, The Greatest Superpower Ever, in: *New Perspectives Quarterly* 19 (2002), 8–18.

—, American Power is on the Wane, in: *Wall Street Journal*, 14. 1. 2009.

Walter Leisler Kiep, *Good Bye Amerika – was dann?* Stuttgart 1972.

- Norbert Kilian, *New Wine in Old Skins? American Definitions of Empire and the Emergence of a New Concept*, in: Erich Angermann/Marie-Luise Frings/Hermann Wellenreuther (Hrsg.), *New Wine in Old Skins. A Comparative View of Socio-Political Structures and Values Affecting the American Revolution*, Stuttgart 1976, 135–152.
- Henry A. Kissinger, *Avoiding a U.S.-China Cold War*, in: *Washington Post*, 14. 1. 2011.
- John C. Kornblum/Dieter Kronzucker, *Mission Amerika. Weltmacht am Wendepunkt*, München 2009.
- Alexander Kritikos, *Griechenland braucht einen Marshallplan*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. 03. 2012.
- Walter LaFeber, *The New Empire. An Interpretation of American Expansion, 1860–1898*, Ithaca/NY 1963.
- William L. Langer/S. Everett Gleason, *The Undeclared War, 1940–1941*, New York 1953.
- Werner Link, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf 1970.
- Henry R. Luce, *The American Century*, With Comments by Dorothy Thompson, Quincy Howe, John Chamberlain, Robert G. Spivack, Robert E. Sherwood, New York 1941.
- Geir Lundestad, *“Empire” by Integration. The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1998.
- , *The American “Empire” and Other Studies of US Foreign Policy in a Comparative Perspective*, Oxford – Oslo 1990.
- Bernd Martin, *Amerika Durchbruch zur politischen Weltmacht. Die interventionistische Globalstrategie der Regierung Roosevelt 1933–1941*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 30 (1981), Heft 2, 57–98.
- Charles S. Maier, *Among Empires. American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge/MA – London 2006.
- , *America Among Empires? Imperial Analogues and Imperial Syndromes*. Lecture presented at the GHI, March 8, 2007, in: *Bulletin of the German Historical Institute* 41 (Fall 2007), 21–31.
- R. Laurence Moore/Maurizio Vaudagna (Hrsg.), *The American Century in Europe*, Ithaca/NJ 2003.
- Herfried Münkler, *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft* (Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe 505), Bonn 2005.
- Stuart Murray/James McCabe, *Norman Rockwell’s Four Freedoms. Images that Inspire a Nation*, Stockbridge/MA 1993.
- John L. Offner, *An Unwanted War. The Diplomacy of the United States and Spain over Cuba, 1895–1898*, Chapel Hill/NC 1992.
- Ernest N. Paolino, *The Foundations of American Empire. William Henry Seward and U.S. Foreign Policy*, Ithaca/NY 1873.
- Papers Relating to the Foreign Relations of the United States 1895*, Washington/DC 1895.
- The Papers of Woodrow Wilson*, ed. by Arthur S. Link, Bd. 63, September 4–November 5, 1919, Princeton/NJ 1990.
- Frank Parsons, *The Preservation of the Republic: The Giant Issue of 1900*, in: *The Arena*, 23, (1900) June, 561–565, abgedruckt in: Richard E. Welch, Jr. (Hrsg.), *Imperialists vs Anti-Imperialists. The Debate over Expansion in the 1880’s*, Itasca/IL 1972, 81–85.
- Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955* (Studien zur Sozialwissenschaft 95), Opladen 1991.
- Saekel, Ursula, *Der US-Film in der Weimarer Republik – ein Medium der „Amerikanisierung“? Deutsche Filmwirtschaft, Kulturpolitik und mediale Globalisierung im Fokus transatlantischer Interessen*, Paderborn. München – Wien – Zürich 2008.
- Donald B. Schewe (Hrsg.), *Franklin D. Roosevelt and Foreign Affairs: Second Series*, January 1, 1937–August 31, 1939, Bd. 12, New York – Toronto 1980.
- Susanne Schön, *Das Bild der Frau in den US-amerikanischen Massenmedien während des Zweiten Weltkriegs*, Marburg 2005.

- Frank Schumacher, *Kalter Krieg und Propaganda. Die USA, der Kampf um die Weltmeinung und die ideelle Westbindung der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1955* (Mosaic. Studien und Texte zur amerikanischen Kultur und Geschichte 10), Trier 2000.
- Hans-Jürgen Schröder, *der Marshallplan: Wiederaufbau-Integration-Hegemonie*, in: Ingrid Böhrer/Eva Pfanzelter/Rolf Steininger (Hrsg.), *Stationen im 20. Jahrhundert* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 27), Innsbruck – Wien – Bozen 2011, 207–208.
- Francis Shor, *Dying Empire. U.S. imperialism and global resistance*, New York 2010.
- W[illiam] T[homas] Stead, *The Americanization of the World*, New York – London 1902.
- Sally-Ann Totman, *How Hollywood Projects Foreign Policy*, New York 2009.
- Robert W. Tucker/David C. Hendrickson, *Empire of Liberty. The Statecraft of Thomas Jefferson*, New York 1990.
- The U.S. Navy, o.O. [Washington/DC] o.J. [1944].
- Reinhold Wagnleitner, *Coca-Colonization und kalter Krieg. Die Kulturmission der USA in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wie 1991.
- Hans-Ulrich Wehler, *Handelsimperium statt Kolonialherrschaft. Die Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten vor 1898*, in: *Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas*, 3 (1966), 184–318.
- , *Der amerikanische Imperialismus vor 1914*, in: Wolfgang J. Mommsen (Hrsg.), *Der Moderne Imperialismus*, Stuttgart 1971, 172–192.
- , *Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865–1900* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 10), Göttingen 1974.
- William Appleman Williams, *The Tragedy of American Diplomacy*, 2. erweiterte Auflage, New York 1962.
- (Hrsg.), *From Colony to Empire. Essays in the History of American Foreign Relations*, New York – London – Sydney – Toronto 1972.
- , *Empire as a Way of Life. An Essay on the Causes and Character of America's Present Predicament Along With a Few Thoughts About an Alternative*, New York – Oxford 1980.

2 Filmquellen

- Selling Democracy. Die Filme des Marshallplans/The Films of the Marshall Plan* [2 DVDs mit Begleitheft], Bonn 2006.
- Der Zweite Weltkrieg, 1939–1945. Original U.S. Filmaufnahmen*, DVD-Edition, membran international, o.O., o.J. [2005].

3 Internetquellen

- John T. Wooley/Gerhard Peters, *The American Presidency Project* (zitiert APP), Santa Barbara/CA, <http://www.presidency.ucsb.edu>.
- Library of Congress, Washington/DC, Prints and Photographs Division, *Farm Security Administration Black-and-White Negatives*, <http://www.loc.gov/pictures/collection/fsa/>.
- National Archives College Park/MD (Archives II), Still Picture Branch, Record Groups PA-44 und 179-WP; die inzwischen digitalisierten Poster sind online abrufbar mit der Signatur PA-44 bzw. 179-WP und der jeweilig in den Anmerkungen angegebenen File-Number, im: Archival Research Catalog der National Archives (ARC), <http://arcweb.archives.gov/arc/action/BasicMultimediaSearchForm>.
- Yale Law School, Lillian Goldman Law Library, *The Avalon Project. Documents in Law, History and Diplomacy*, <http://avalon.law.yale.edu/default.asp>.

Verzeichnis der Abbildungen

- Abbildung 1: Rekrutierungsposter der US-Marine 1917, Postkarte National Archives, College Park/MD, Privatbesitz des Verfassers (Original in den Akten der National Archives zur Zeit nicht auffindbar.).
- Abbildung 2: Plakatwand am U.S. Highway 99 in Kalifornien (März 1937), in: Library of Congress, Washington, DC, Prints and Photographs Division, Farm Securities Administration Black and White Negatives, Nr. LC-USF34- 016211-C, <http://www.loc.gov/pictures/collection/fsa/item/fsa2000000880/PP/> (abgerufen 20. 3. 2011).
- Abbildung 3: Poster zum Navy Day 1944, in: National Archives, College Park/MD, Still Picture Branch, Nr. 44-PA-2530.
- Abbildung 4: Broschüre der U.S. Navy, in: The U.S. Navy o.O. [Washington DC], o.J. [1944].
- Abbildung 5: America's Global Commitments, Cecilia Martin Collection, George C. Marshall Foundation, Lexington/Virginia.(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der George C. Marshall Foundation).
- Abbildung 6: Poster Army Earth Day 2000: Preserving the Past, Protecting the Future, in: <http://aec.army.mil/usaec/newsroom/images/armyearthday/aed2000poster.pdf> (abgerufen 10. 6. 2011).
- Abbildung 7: Globale Militärpräsenz der USA 2011, Karte erstellt von Dr. Walter Kuntner, Universität Innsbruck.